

**Dritter Bericht des Fachbeirates
für Bürgerschaftliches Engagement****an den Stadtrat der Landeshauptstadt München
im Oktober 2015****Gliederung**

1. Einleitung	S. 2
2. Rückschau	S. 4
3. Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge	S. 12
4. Zukunft der Vereine	S. 17
5. Kultur und Bürgerschaftliches Engagement	S. 21
6. Inklusion und Bürgerschaftliches Engagement	S. 24
7. Unternehmensengagement	S. 27
8. Engagementfelder in Portraits	
8.1 Frühe Hilfen und zivilgesellschaftliches Engagement	S. 30
8.2 Rechtliche Betreuung als etabliertes Engagementfeld	S. 32
8.3 Beiräte als spezielle Ressource der Stadtpolitik	S. 33
9. Beschlussempfehlungen	S. 36

1. Einleitung

Der Fachbeirat legt seinen dritten Bericht vor, in dem seine Aktivitäten dargestellt werden und in dem er seine Wahrnehmung und Einschätzung zu dem darlegt, was sich seit seinem letzten Bericht im Herbst 2013 im zivilgesellschaftlichen Bereich in der Landeshauptstadt München entwickelt hat. Auf dieser Grundlage werden **Empfehlungen zur Weiterentwicklung und Förderung bürgerschaftlicher Potenziale der Landeshauptstadt München** formuliert.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich weltweit und speziell in Deutschland politische Entwicklungen vollzogen, die unmittelbar auch München betrafen und die nicht zuletzt auch die Zivilgesellschaft herausforderten. Das gilt in besonderer Weise für den **Flüchtlings- und Migrationsbereich**. Die andauernden Kriegszustände im Nahen Osten und in Afrika sowie die katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnisse in vielen Teilen der Welt haben eine Flüchtlingswelle ausgelöst, auf die Europa nicht vorbereitet war. Eine restriktive Asylpolitik sollte ja die europäischen Länder eher vor Asylbewerberinnen und Asylbewerbern schützen. Die dramatischen Zustände im Mittelmeer haben diese Absicht als illusionär und inhuman aufgezeigt.

München mit seinem Status als Erstaufnahmestandort hat in den vergangenen Monaten einen enormen Flüchtlingsstrom erlebt und zugleich die oft behauptete **Entwicklung hin zu einer Gesellschaft der „Ichlinge“ widerlegt**. Es war und ist beeindruckend, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich als engagierte Helferinnen und Helfer erwiesen haben. Gerade diese spontane Engagementbereitschaft hat die Stadtverwaltung und die Verbände herausgefordert, da nicht alle Träger auf spontanes Engagement vorbereitet waren. Es war sicher ein wichtiges Signal für die Münchner Bürgerschaft, dass Oberbürgermeister Dieter Reiter ein klares Zeichen gesendet und die positive Aufnahmebereitschaft der Stadt zum Ausdruck gebracht hat.

Der **Oberbürgermeister** hat auch entschieden gegen rechtspopulistische Gruppen wie PEGIDA oder BAGIDA Stellung bezogen, die auch in München auf die Straße gingen. Bei seinem Auftreten bei der Kundgebung am 22.12.2014, die von einem breiten Bündnis aus kirchlichen Gruppen, Künstlern und Flüchtlingsorganisationen getragen wurde, und zu der mehr als 20.000 Münchner Bürgerinnen und Bürger kamen, formulierte er den wichtigen Satz: *"Mit dieser Demonstration setzen wir ein Zeichen, dass München bunt ist und bleiben wird. (...) Wir möchten Flüchtlingen eine Heimat bieten."* Es folgten weitere Montagsdemonstrationen, die Neonazis und Rechtspopulisten eindrucksvoll zeigten, dass man ihnen mit ihren rassistischen, fremden- und islamfeindlichen Parolen nicht die Diskurshegemonie über die Stadt erlauben würde.

Das zivilgesellschaftliche Potenzial Münchens zeigte sich auch bei der Demonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP am 18.04.2015. Es kamen mehr als 20.000 Münchnerinnen und Münchner, um gegen die drohende Einschränkung demokratischer Rechte zu demonstrieren. Noch mehr Demonstranten kamen zu einer Protestveranstaltung gegen den G7-Gipfel. Rund 34.000 Menschen zogen bei sommerlichem, heißem Wetter friedlich durch die Münchner Innenstadt. Zu unterschiedlichen Anlässen wird also deutlich, dass in München eine wachsame demokratische Alltagskultur vorhanden ist, die sich immer dann klar in der Öffentlichkeit positioniert, wenn Themen wie Demokratie und Toleranz gefährdet erscheinen, wenn das Gerechtigkeitsempfinden bedroht ist und wenn Hilfsbereitschaft gefordert ist.

In den Berichten des Fachbeirates werden in aller Regel **konkrete Handlungsfelder** thematisiert, in denen sich Bürgerinnen und Bürger engagieren und in denen sich durch die Kooperation von zivilgesellschaftlichen Initiativen und der Stadtverwaltung Förderstrukturen gut entwickeln konnten oder einer noch besseren Förderung bedürfen. Es geht **in diesem Bericht** schwerpunktmäßig

- um die **Flüchtlings- und Migrationsarbeit**, die ohne Freiwillige in der jetzigen Form gar nicht möglich wäre,
- um Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements in den Bereichen **Kultur und Inklusion**,
- um die Bereiche **rechtliche Betreuung, frühe Hilfen** sowie die **Beiräte der Stadt**, in denen Freiwillige eine wichtige Rolle haben,
- um die **Handlungsfähigkeit von Vereinen** (Das Gewinnen von Bürgerinnen und Bürgern, die bereit sind, in Vereinen Vorstandsfunktionen zu übernehmen, erweist sich als zunehmend schwierig. Das steht zunächst im Widerspruch zu der immer noch zunehmenden Mitgliedschaft in Vereinen. Wir diskutieren in diesem Bericht Möglichkeiten, hier neue Wege zu gehen),
- um das Thema **Innovationsbudget**, das im ersten Bericht des Fachbeirates vorgeschlagen, im zweiten Bericht weiter konkretisiert wurde und nun kurz vor der Realisierung steht.

Es ist immer eine Freude die Entwicklung der **Münchner FreiwilligenMesse** anzusprechen, die eine echte Erfolgsgeschichte schreibt und 2014 und 2015 mit knapp 6.000 Besucherinnen und Besuchern das große Interesse an Engagementmöglichkeiten und die Suche nach geeigneten Angeboten deutlich macht. Auf ihrer Homepage berichtet FöBE, die Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement, **die für die Organisation der FreiwilligenMesse die Verantwortung hat:** *“80 gemeinnützige Organisationen aus dem sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich, sowie der Selbsthilfe waren vertreten und informierten, berieten und begeisterten die interessierten Gäste. Ob als kundiger Biotop-Pate oder humorvoller Hausaufgabenbegleiter, ob als geliebte ehrenamtliche Omas und Opas oder die wichtige Helfer bei der Münchner Tafel: Die 400.000 Ehrenamtlichen sind nicht mehr wegzudenken aus der lebendigen Stadtgesellschaft. Mit ihrer Tatkraft, ihren Ideen und der Freude an ihrem Engagement ergänzen sie die Tätigkeit der Profis.“*

Mit diesem Bericht können wir dem bürgerschaftlichen Engagement in München und seinem Fördernetz in zivilgesellschaftlichen und städtischen Institutionen ein gutes Zeugnis ausstellen. Gleichwohl bleiben eine Reihe von Ideen, Ansätzen und Initiativen, die gezielt weiterentwickelt und gefördert werden sollten. Die Stadt München arbeitet aktuell mit Unterstützung der Fraunhofer-Gesellschaft an einer **Zukunftsschau München 2040**. Der Fachbeirat ist dort auch vertreten und wird in diesem Konsultationsprozess die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Zukunftsfähigkeit der Stadt deutlich artikulieren.

2. Rückschau:

Was sich seit dem letzten Bericht des Fachbeirates 2013 getan hat

Der ehrenamtliche Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement hat in den knapp zwei Jahren seit der Vorlage des zweiten Stadtratsberichtes in seinen Plenarsitzungen und mehreren Treffen von Arbeitsgruppen ein großes Pensum bearbeitet. Es soll hier keine lückenlose Aufzählung von Aktivitäten erfolgen, sondern eher ein Handlungsprofil des Fachbeirates umrissen werden, in dem die **Arbeitsschwerpunkte** benannt werden, die in einzelnen Kapiteln dieses Berichtes ausführlicher behandelt werden.

2.1 Der aktuelle Fachbeirat

Der Stadtrat hatte eine Erweiterung des Fachbeirates angeregt. Er ist entsprechend erweitert worden und hat sich in dieser neuen Formation gut zusammengefunden.

Die aktuelle Besetzung des Fachbeirates:

- **Ordentliche Mitglieder** (Stand Oktober 2015)

Kristina Dengler, Wirtschaft/Unternehmen für München

Vertretung: Dr. Verena Reichl, Wirtschaft/Unternehmen für München

Klaus Grothe-Bortlik, Forum BE, Selbsthilfezentrum

Vertretung: Renate Volk, Freiwilligenagentur Tatendrang

Andreas Görres, Sozialpolitischer Diskurs

Vertretung: Ernst Wolfswinkler, Feierwerk

Norbert J. Huber, Arge der Freien Träger, Caritas,

Stellvertretender Vorsitzender des Fachbeirates BE

Vertretung: Karin Majewski, Paritätischer Wohlfahrtsverband

Andreas Igl, Freiwillige Feuerwehr München

Prof. Heiner Keupp, Wissenschaft, ehem. LMU München, *Vorsitzender des Fachbeirates*

Vertretung: Prof. Bernhard Lemaire, KSFH München

Nükhet Kivran, Ausländerbeirat München

Ulrike Köllner, Gymnasialeltern Bayern

Dr. Antje Kuttner, IHK München und Oberbayern

Vertretung: Gerti Oswald, IHK

Jürgen Nestel, Freiwilliger, Mobile Werkstatt Hasenberg

Dr. Thomas Röbbke, Landesnetzwerk BE

Vertretung: Claudia Leitzmann, Landesnetzwerk BE

Gerhard Wagner, Kreisjugendring München Stadt

Vertretung: Dr. Manuela Sauer, Kreisjugendring München Stadt

- **Beratendes Mitglied:**
Felix Gertkemper, Direktorium LH München
- **Geschäftsführung:**
Dr. Gerlinde Wouters, FöBE
Vertretung: Sandra E. Bauer, FöBE
Protokoll: Jutta Oxen, FöBE

2.2 Kooperation mit Direktorium und Stadtverwaltung

Die Kooperation zwischen Direktorium und Fachbeirat hat insgesamt zu mehr Transparenz und effizienterem Handeln geführt.

Wie im zweiten Bericht ausgeführt, haben sich Direktorium und Fachbeirat eine gemeinsame Agenda für die anzugehenden Aufgaben und einen darauf bezogenen Zeitplan erarbeitet. Nach der konfliktreichen Vorgeschichte war das eine ermutigende Erfahrung gelingender Kooperation. Krankheitsbedingt konnte die gesamtstädtische Koordination einige Vorhaben nicht im vorgesehenen Zeitrahmen vorantreiben. Das Direktorium hat sich gleichwohl als handlungsfähig erwiesen. Seither sind wichtige Schritte kooperativ vollzogen worden, und es ist eine verlässliche und vertrauensvolle Arbeitsebene entstanden. Der Fachbeirat wurde über das **Direktorium** zu allen wichtigen Stadtratsvorlagen rechtzeitig informiert, die das Bürgerschaftliche Engagement berührt haben. Auch die Aktivitäten der einzelnen **Referate** sind auf diesem Wege per Information an den Fachbeirat weitergegeben worden.

In einer Reihe von Arbeitsgruppensitzungen wurde gemeinsam das Konzept für einen **Innovationsfonds** entwickelt. In der Anfangsphase der Beratungen war auch das Sozialreferat vertreten, das sich aber aus den Beratungen zurückzog, als die Entscheidung fiel, dass die Steuerung dieses Fonds beim Direktorium angesiedelt sein würde.

2.3 Innovationsfonds

Der Innovationsfonds ist eine der wichtigsten Forderungen des Fachbeirats. Nach verschiedenen Entscheidungsschritten hatte sich auch der Stadtrat für eine Realisierung ausgesprochen. Ein Konzept liegt vor. Jetzt stehen die grundsätzlichen Entscheidungen an.

Der letzte Schritt zur Etablierung eines Innovationsbudgets durch einen positiven Stadtratsbeschluss steht zwar noch aus; das Projekt hat aber **eine echte Realisierungschance**. Es gehörte neben der Einrichtung eines Fachbeirates zu den Kernforderungen der Münchner Erklärung vom Mai 2000: Im Kinder- und Jugendausschuss des Münchner Stadtrates wurde die Schaffung eines Innovationsbudgets prioritär eingebracht und vom Stadtratsplenum am 18.12.2008 beschlossen. Der Fachbeirat hatte in seinem ersten Bericht eine differenzierte Begründung für den Aufbau eines Innovationsbudgets geliefert. Auf Vorschlag des Direktoriums wurde es in der Stadtratssitzung vom 31.01.2012 jedoch zu diesem Zeitpunkt abgelehnt.

Im zweiten Bericht des Fachbeirates für den Stadtrat wurden weitere Argumente für ein Innovationsbudget geliefert und seine Etablierung dringend empfohlen. Danach konnte sich der

Stadtrat dieser Empfehlung anschließen. Mit Beschluss vom 25.02.2014 wurde das Direktorium beauftragt, bis Ende 2014 ein Konzept zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen. Ausdrücklich wurde die Einbeziehung des Fachbeirates und anderer Referate angesprochen.

In mehreren Schritten wurde die Konzeption für das Innovationsbudget erarbeitet, sowohl was die Ziele, als auch die operative Durchführung betrifft. Den beteiligten Fachbeiratsmitgliedern war vor allem eine zukunftsorientierte, inhaltliche Zielbestimmung wichtig, die dann im Einverständnis mit den Vertreterinnen und Vertretern von Direktorium und Sozialreferat im Juli 2014 folgendermaßen formuliert wurde:

„Bürgerschaftliches Engagement findet in allen Bereichen statt. Neben den sozialen Themen erfordert die unverändert bedeutsame, ökologische Thematik weiterhin vielfältige zivilgesellschaftliche Initiativen und Projekte. Zudem sollte es selbstverständlich eine Einbeziehung von Freiwilligen in das Kulturschaffen der Stadt geben sowie in den Gesundheitsbereich und die Daseinsvorsorge (beispielsweise die Feuerwehr).

Der folgende Themenkatalog ist regelmäßig weiterzuentwickeln und zu aktualisieren.

(1) Demographischer Wandel

Gestaltungsräume für ein selbstbestimmtes Altern sowie Beteiligungsformen an Gestaltungsaufgaben der Gesellschaft. In einer zunehmend individualisierten Stadtgesellschaft sind überdies generationenübergreifende Initiativen und Projekte notwendig.

(2) Spaltung in arm und reich

Die gesellschaftliche Spaltung in arme und wohlhabende Bevölkerungsgruppen schreitet voran, und die Ungleichheit in den Lebenslagen reproduziert sich auch im Bürgerschaftlichen Engagement. Deshalb bedarf es gezielter Unterstützungsstrategien, die die aktive Teilhabe von und für benachteiligte(n) Bevölkerungsgruppen im Sinne des Empowerments ermöglichen.

(3) Zuwanderung/Migration

Die Integration von zuwandernden Menschen, ist in einer globalisierten Welt nicht nur Fakt, sondern auch notwendig. Sie kann gelingen, wenn das vielfältige Freiwilligenengagement in den Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund wahrgenommen und gefördert wird. Ebenso sind Projekte und Initiativen von hoher Bedeutung, die das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte erleichtern.

(4) Inklusion

Die selbstverständliche Teilnahmemöglichkeit Aller am Bürgerschaftlichen Engagement ist Teil der inklusiven Stadtgesellschaft. Unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, kultureller und sozialer Herkunft, Sprache, Behinderung, Krankheit, Weltanschauung sowie sexueller Identität sollen Menschen in München sich mit ihrer Stadt identifizieren und dies auch in Bürgerschaftlichem Engagement ausdrücken können.

(5) Bildung für Kinder und Jugendliche

Es geht um Stärkung der Partizipation und um selbstbestimmtes Handeln von Kindern und Jugendlichen durch gezielte Förderung in ihrer Lebenswelt, in der Freizeit, in Bildungseinrichtungen und allen anderen relevanten Institutionen.

(6) Gegenbewegung zu antidemokratische Strömungen

Initiativen, die sich gegen antidemokratische religiöse, politische oder andere ideologisch ausgerichtete Strömungen richten.“

Mit der Einführung des Innovationsbudgets im bislang konzipierten Sinne ist eine wichtige Förderlinie für die Weiterentwicklung des Freiwilligenengagements in München geschaffen. Der Fachbeirat sieht hier eine hohe eigene Verantwortung, die ihm bei der Durchführung der Förderung zuwächst. Aus Sicht des Fachbeirats empfiehlt es sich wegen des Beratungs- und Begutachtungsbedarfs nicht, die Geschäftsstelle für den Beirat „Innovationsförderung durch Bürgerschaftliches Engagement“ beim Direktorium anzusiedeln, nachdem dort auch die formelle Antragsbearbeitung und Bescheiderteilung vorgenommen werden soll. Es sollte stattdessen eine externe Stelle (vorrangig FöBE) mit der Geschäftsführung beauftragt werden.

EMPFEHLUNG

Damit der Innovationsfonds seine zivilgesellschaftliche Wirksamkeit optimal entfalten kann, ist es wichtig, die Geschäftsführung für den Innovationsfonds bei FöBE anzusiedeln und die Geschäftsstelle entsprechend personell aufzustocken.

2.4 Migration/Flüchtlinge

Die Thematik der Flüchtlinge ist auch für den Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement von höchster Priorität und wird in Kapitel 3 im Detail dargestellt.

Die Debatte um die Frage, ob Deutschland ein Zuwanderungsland sein will oder sein muss, wird seit Jahren geführt und bekam durch die Kriegs- und Krisenherde weltweit eine besondere Brisanz. Gerade München ist einer der ersten Anlaufpunkte für Flüchtlinge. Sie kommen seit 2014 in zunehmender Zahl. Politik und Verwaltung waren darauf nicht vorbereitet, aber die Münchner Bevölkerung zeigte sich in hohem Maße hilfsbereit. Für dieses Engagement galt und gilt es, angemessene Begleitstrukturen zu schaffen. Die bestehenden Infrastruktureinrichtungen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements waren hier gefordert. Es war schnell klar, dass diese Infrastruktur ausgebaut werden muss. Für den Fachbeirat ist hier ein Schwerpunktthema entstanden, das in den meisten Sitzungen der letzten beiden Jahre Priorität hatte. In **Kapitel 3** werden die Ergebnisse dieser Befassung und entsprechende Empfehlungen formuliert.

2.5 Vereine und deren Strukturprobleme

Der Fachbeirat befasst sich mit dem Thema "Vereine" intensiv in Kapitel 4.

In einem Land der Vereine hört man gerne, dass sie unverändert Konjunktur haben. Das ist eine gute Nachricht für die Zivilgesellschaft. Einige Vereine haben eine lange Tradition und repräsentieren das klassische Ehrenamt. Es entstehen zusätzlich immer wieder neue Vereine. Man könnte annehmen, dass es den Vereinen gut geht. Dazu im Widerspruch stehen zunehmend jedoch Klagen, die vor allem von einer Erosion der Vereinsgerüste sprechen. Es sei zum Beispiel zunehmend schwer, die Vorstandsposten zu besetzen. Die Dienstleistungsangebote der Vereine werden von Bürgerinnen und Bürgern gerne wahrgenommen, aber die Rekrutierung von Vorständen, die die Vereinsbasis bilden,

ist deutlich prekärer geworden. Der Fachbeirat hat sich intensiv mit diesem Thema befasst und legt im **Kapitel 4** seine Analyse und Empfehlungen vor.

2.6 Netzwerk Münchner Schülerpatenschaften

Schülerpatenprojekte sind eine zusätzliche und wertvolle Ressource, den Bildungsweg benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu begleiten und ihre schulischen Leistungen zu verbessern.

Die Zuwendung der Patinnen und Paten und die Zeit, die sie schenken, stärkt das Selbstbewusstsein der Schülerinnen und Schüler. Mit ihren speziellen Kontakten und Verbindungen stützen sie den Übergang von der Schule in den Beruf. 19 Patenprojekte werden seit 2015 durch eine Mitarbeiterin von FÖBE in enger Abstimmung mit einer Kollegin aus dem Sozialreferat vernetzt und qualifiziert. Ihre Leistungen werden transparenter und zusätzliche Patinnen und Paten gewonnen. Der Empfehlung des Fachbeirates wurde diesbezüglich entsprochen. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem Referat für Bildung und Sport ist ebenfalls in die Wege geleitet.

2.7 Fachtagung „Lernen durch Engagement“ (LDE)

Der Fachbeirat empfahl die Durchführung einer Fachtagung „Lernen durch Engagement“ (LDE) in Kooperation von Pädagogischem Institut, Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement, Referat für Bildung und Sport, Kreisjugendring und staatlicher Schulbehörde zusammen mit dem Münchner Lehrerinnen- und Lehrerverband. Die Fachtagung wird im Oktober 2015 realisiert.

Aufgrund der verbesserten Personalsituation im Referat für Bildung und Sport (Vollzeitstelle für BE) wird dieser Fachtag für den 14.10.2015 geplant und umgesetzt. Der Aspekt des demokratischen Lernens und der Mitbestimmung an Schulen erhält neben dem LDE-Konzept eine gleichwertige Beachtung.

Die Freiwilligenagentur Stiftung Gute-Tat ließ sich als Kompetenzzentrum Lernen durch Engagement durch die Freudenbergstiftung ausbilden und bringt Fachwissen in die Planung und Durchführung der Fachtagung sowie für die weitere Umsetzung des LDE-Konzeptes in die Praxis der Münchner Schulen mit. Für die personelle Ressource wird über das RBS ein Antrag auf Personalzuschaltung für die Stiftung Gute Tat gestellt, den der Fachbeirat nachdrücklich befürwortet.

Der Fachbeirat befürwortet die Umsetzung des fachlich ausgereiften LDE-Konzeptes, da dies vor allem eine Entwicklung der Schulen insgesamt im Blick hat und nachhaltige Kompetenzzentren einrichten hilft.

2.8 „Perspektive München“

Die Stadtverwaltung arbeitet an der „Perspektive München“ und wurde dabei vom Fachbeirat mit einem wesentlichen Textbaustein unterstützt.

Der zweite Bericht des Fachbeirates wurde eröffnet mit Zitaten aus dem Stadtentwicklungskonzept „Perspektive München“. Unter den Strategischen Leitlinien des Referates für Stadtplanung und Bauordnung mit dem Titel „Solidarische und engagierte Stadtgesellschaft“ wurde eine Haltung sichtbar, die den Fachbeirat in seiner Vorstellung von einer zivilgesellschaftlich gestalteten Kommune

bestätigt. Die Stadtverwaltung arbeitet weiter an der „Perspektive München“. Der Fachbeirat hat dem Sozialreferat folgenden Textbaustein zum Thema Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement geliefert: *„Eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft braucht den Ideenreichtum, die Initiativen und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wie in der Vergangenheit werden auch die Herausforderungen der absehbaren Zukunft auf die Ressourcen des zivilgesellschaftlichen Engagements angewiesen sein. Das gilt für die Überwindung der zunehmenden Spaltung in arm und reich, für die Lösung der Folgen des demografischen Wandels, für ein Gelingen der Integration von Zuwanderung, der angemessenen Hilfsangebote für Flüchtlinge, für eine Verhinderung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und für Partizipationschancen für Kinder und Jugendliche. Durch den zielgerechten Aufbau und Ausbau einer Infrastruktur zur Förderung und Unterstützung der engagierten Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Netzwerke können die vorhandenen Potenziale für eine solidarische und verantwortungsbewusste Stadtgesellschaft wirkungsvoll aktiviert werden.“*

2.9 “Zukunftsschau München 2040”

Mitglieder des Fachbeirats BE arbeiteten aktiv an der "Zukunftsschau München 2040" mit.

Zeitlich noch weiter über die „Perspektive München“ hinaus zielt ein Projekt des Referates für Stadtplanung und Bauordnung, mit dem das Fraunhofer-Institut beauftragt wurde und das unter dem Titel „Zukunftsschau München 2040“ firmiert. Es geht um **aktuelle und zukünftige Herausforderungen der Münchner Stadtentwicklung**. Mit Hilfe der „Szenariotechnik“ sollen Schlüsselrends in Bezug auf die sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen und technologischen im urbanen Raum identifiziert und auch ihre Interdependenzen herausgearbeitet werden. In zwei Workshops für Expertinnen und Experten wurde an diesen Aufgaben gearbeitet. Auch zwei Mitglieder des Fachbeirates haben in diesen Workshops mitgearbeitet. Da in den ersten Entwürfen die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Prozesse nur am Rande vorkam, wurde ihnen in den Diskussionen eine viel höhere Priorität zugeordnet. Die endgültigen Ergebnisse, die dem Stadtrat 2016 vorgelegt werden, sind kritisch daraufhin zu prüfen, ob Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliche Initiativen den ihnen zustehenden Stellenwert zugewiesen bekommen.

2.10 Raumbörse

Die Raumbörse ist ein Thema, dem der Fachbeirat weiterhin große Bedeutung beimisst. Die Umsetzung ist bisher noch nicht in allen Bereichen optimal auf den Weg gebracht.

Bereits nach dem ersten Fachbeiratsberichtes 2011 beauftragte der Stadtrat das Direktorium, ein München weites Raummanagement für Vereine und Initiativen des Bürgerschaftlichen Engagements umzusetzen. Nach diversen Workshops, Vorbereitungstreffen und Arbeitsgruppen bleibt das Ergebnis dennoch wenig zufriedenstellend. Es gibt auf „muenchen.de“ bislang nicht eine einheitliche, sondern drei Internetseiten - die nicht gut unterscheidbar sind - über die innerstädtische Räume gebucht werden können. Eine vierte Seite über das Referat für Bildung und Sport ist in Planung. Bei FÖBE wurden zehn zusätzliche Personalstunden eingerichtet. Die neue Mitarbeiterin wird zivilgesellschaftliche Partnerinnen und Partner gewinnen, die Räume zur Verfügung zu stellen. Der Anreiz, über die **städtische Zuschussregelung** die Raummieten als geldwerte Leistung anzuerkennen und den Zuschussnehmern als Eigenanteil anzurechnen, konnte leider von der Arbeitsgruppe „Zuschussvollzug“ der Stadtverwaltung noch nicht umgesetzt werden. Der Fachbeirat

steht dieser Entwicklung mit Unverständnis gegenüber und erwartet, dass die Arbeitsgruppe Zuschussvollzug bis spätestens Mitte 2016 eine Lösung erarbeitet.

EMPFEHLUNGEN

- Die Personalkapazität von zurzeit zehn Wochenarbeitsstunden bei FÖBE ist für die vielschichtige Aufgabe nicht ausreichend und auf eine Halbtagsstelle zu erweitern.
- An einer stadtweiten Raumbörse besteht großer Bedarf. Für ihren Erfolg sind die diversen städtischen Internetseiten für die Kunden (Nutzer und Anbieter) sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren.
- Die Ruummieten als geldwerte Leistung anzuerkennen und den Zuschussnehmern als Eigenanteil anzurechnen, sollte von der Arbeitsgruppe „Zuschussvollzug“ zeitnah bearbeitet werden.

2.11 Anlaufstelle für Unternehmensengagement

Die Kooperation mit der Anlaufstelle für Unternehmensengagement des Sozialreferats läuft weiterhin positiv und war ein wichtiger Impuls für die Stadtgesellschaft.

Dank der Einrichtung der vom Fachbeirat und den Münchner Unternehmen geforderten Anlaufstelle für Unternehmensengagement im Sozialreferat ist erreicht, dass dieses Referat für die gesamte Stadtverwaltung eine **koordinierende Funktion für Unternehmensengagement**, Social Clubs, Stiftungen etc. übernimmt. Der Fachbeirat hat diese Entscheidung und die Initiative des Sozialreferats schon in seinem letzten Bericht begrüßt, da dies zu einer Qualifizierung des Feldes beitragen wird und in diesem Fall die Kompetenz des Sozialreferats zur Anwendung gebracht wurde. Inzwischen hat sich die Kooperation zwischen der Stelle im Sozialreferat und Münchner Unternehmen intensiviert. Es besteht die Erwartung, dass weitere positive Entwicklungen folgen (vgl. hierzu **Kapitel 7** dieses Berichts). Sehr gut angelaufen ist das operative Handeln dieser Anlaufstelle. Es ist wünschenswert, dass eine strategische Weiterentwicklung unter Einbeziehung der Unternehmensvertretungen verstärkt betrieben wird.

2.12 Münchner FreiwilligenMesse

Die Münchner FreiwilligenMesse fand am 26. Januar 2015 zum neunten Mal statt und war ein großer Erfolg.

Die Besucherzahlen haben sich seit der ersten Messe fast verdreifacht: von 2.000 Besuchern in 2006 auf nahezu 6.000 in 2015. **Die 80 Aussteller arbeiten mit über 20.000 Freiwilligen**, also durchschnittlich 250 Freiwilligen pro Einrichtung. 67 % der Besucher gaben an, ein für sie passendes Engagement gefunden zu haben. Der Schwerpunkt 2015 „Inklusion und Engagement“ wurde sowohl in der Presse als auch bei den Besuchern sehr positiv aufgenommen. Der Spaß am Engagement und das Erleben, etwas Sinnvolles zu tun, müssen dabei allen gesellschaftlichen Gruppierungen offen stehen.

2.13 Stellenzuwachs

Der Fachbeirat begrüßt die personelle Erweiterung zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements, die jedoch nicht nur innerhalb der Stadtverwaltung realisiert werden sollte.

Den Stellenwert, den die Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt erworben hat, ist am Zuwachs an Personalstellen in der Verwaltung abzulesen. So haben das Kulturreferat eine halbe und das Referat für Bildung und Sport eine ganze Stelle zugeordnet bekommen, die referatsspezifische Unterstützungs- und Förderaktivitäten im Freiwilligenengagement leisten sollen. Überdies erweitern das Planungsreferat und auch das Direktorium selbst ihren Personalschlüssel um eine Vollzeitstelle für „München dankt“ sowie eine Vollzeitstelle für die Aufgaben im Planungsreferat. Der Fachbeirat begrüßt die personelle Ausweitung von „München dankt“ und die damit verbundene Kapazität, diese Anerkennungsform auszuweiten und empfiehlt eine zeitgemäße und **lebendige Darstellung der Leistungen der freiwillig Engagierten im Rahmen des Empfangs.**

EMPFEHLUNG

Der Fachbeirat begrüßt die Stellenmehrung zur Unterstützung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Verwaltung, hält es aber für inhaltlich geboten, dass sich die personelle Aufstockung in der Verwaltung auch in der verbesserten personellen Infrastruktur des zivilgesellschaftlichen Bereiches abbildet.

2.14 Eine Einladung der Bürgermeisterin

Im März 2015 hat Frau Bürgermeisterin Christine Strobl den Fachbeirat zu einem Abendessen eingeladen. Das wurde sehr positiv angenommen.

Die Mitglieder des Fachbeirates haben diese Einladung als Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements zu schätzen gewusst. Es gab ihnen die Gelegenheit, sich in einem informellen Rahmen mit Frau Strobl über eine Reihe wechselseitig interessierender Themen auszutauschen.

3. Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge

Die Brisanz der Flüchtlingsthematik hat auch im Fachbeirat höchste Priorität. Es ist schwierig, die Weiterentwicklung dieser aktuell äußerst dynamischen Situation zurzeit konkret einzuschätzen. Ohne das Engagement von Freiwilligen ist eine Integration der Flüchtlinge nicht zu erreichen. Es braucht nachhaltige, professionelle Strukturen und Strategien zur Begleitung dieser äußerst wertvollen, freiwilligen Ressourcen und eine enge Zusammenarbeit aller Akteure.

*„Die Menschen, die bei uns als Flüchtlinge ankommen, sind häufig traumatisiert und leiden unter den Schrecken, die sie in ihren Ländern und während der Flucht erlebt haben. Sie sind zu uns gekommen, weil sie Schutz und Sicherheit brauchen. Wir wollen sie bei uns willkommen heißen. **Ich begrüße auch das Engagement Tausender Münchnerinnen und Münchner, die sich ehrenamtlich bei der Unterstützung der Flüchtlinge engagieren.**“* Oberbürgermeister Reiter beim Besuch der Bayernkaserne, Oktober 2014.

Freiwillige packen an, geben Zeit, Sach- und Geldspenden, um den Menschen, die neu in unsere Stadt kommen, zu signalisieren: „Ihr seid willkommen“. **Bürgerschaftliches Engagement ist Anwalt für Geflüchtete in München und auf der ganzen Welt.** Es macht auf Unmenschlichkeit aufmerksam und fordert die Politik auf, für bessere Bedingungen im Großen wie im Kleinen zu sorgen. Bürgerschaftliches Engagement kümmert sich nicht um Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, sondern hat die Menschen im Blick. Münchnerinnen und Münchner leben Nächstenliebe, Solidarität und Freundschaft und sorgen für gelingende Integration.

Die begeisterte menschliche Form der Aufnahme der vielen zehntausend Flüchtlinge in München im September 2015 hat in einer besonderen Weise gezeigt, wie verschiedenste Engagementformen gemeinsam erfolgreich sein können. Tausende spontane Freiwillige und Ehrenamtliche aus den Hilfsorganisationen haben in vorbildlicher Weise zum Gelingen beigetragen. Dabei ist vor allem hervorzuheben, dass die Einbindung der Freiwilligen in die professionellen Strukturen der Verwaltung, Sicherheitskräfte und der Hilfsorganisationen von Anfang an gewünscht und geradezu vorbildlich gelungen ist. Viele hier gemachte Erfahrungen sind für die Zukunft zu konservieren um auch in Zukunft bei vergleichbaren Situationen ähnlich erfolgreich agieren zu können. Zudem ist zu überlegen, welche grundlegende Unterstützung von Seiten der öffentlichen Hand bzw. der organisierten Verbände vorzuhalten ist, damit kurzfristiges freiwilliges Engagement gelingen kann. Spontane Gruppen benötigen z.B. immer Treffpunkte, eine minimale Büroausstattung und Internetzugang, um ihre Arbeit organisieren zu können. Der Infobus, inzwischen ersetzt durch Räume der Caritas als „Freiwilligen Laden“ in der Hirtenstraße, hat gezeigt wie die Stadt hilfreich unterstützen kann. Als Beispiel könnte hier auch ein Informationsblatt zum Thema Versicherungs- und Gesundheitsschutz spontaner Freiwilliger gelten, welches den spontanen Freiwilligen ausgehändigt werden kann.

Die Landeshauptstadt München verabschiedete am 10. September 2015 eine Resolution zur Willkommenskultur in München und legte fest: **„Die Münchner Linie beinhaltet auch weiterhin, über ehrenamtlich leistbares Engagement zu informieren, Helferinnen und Helfer einzubinden und vor Ort zu koordinieren. Das ehrenamtliche Engagement ist nicht nur sachliche Unterstützung, sondern auch ein emotionaler Ausdruck der Unterstützung für Geflüchtete und daher unersetzbar. Zugleich müssen die offiziellen Stellen auf allen Ebenen weiterhin ihrer humanitären Verantwortung gerecht werden.“**

Das Potenzial ist hier noch längst nicht ausgeschöpft. So wollen sich ganze Schulklassen einbringen, Sportvereine sowie Stiftungen Angebote für Flüchtlinge anbieten und Unternehmen mit anpacken, indem sie mehr Praktikums- und Ausbildungsplätze generieren. Ansässige Vereine und Organisationen aus den Herkunftsländern oder der Religion der Flüchtlinge wollen mehr Verantwortung bei der Betreuung und Integration der Neuankömmlinge übernehmen.

Trotz dieser großen Welle an Hilfsbereitschaft und Engagement dürfen die bewährten, aber auch oft unbequemen Kräfte der Flüchtlingsarbeit nicht aus dem Blick geraten, die hier sich seit vielen Jahren menschlich und politisch sehr engagiert für Flüchtlinge einsetzen. Neben den Sozialdiensten der Inneren Mission und der Caritas in den Gemeinschaftsunterbringungen mit ihren begleiteten Ehrenamtlichen sind dies vor allem der Münchner Flüchtlingsrat, Refugio, Pro Asyl, die Karawane und zahlreiche Menschen in den Helferkreisen vor Ort, in den Pfarreien oder in spontanen, privat organisierten Initiativen.

Leitbild für die Flüchtlingshilfe ist die plurale und interkulturelle Stadt.

Die Unterstützung und Betreuung von Flüchtlingen ist nicht nur eine sozial karitative Aufgabe sondern beinhaltet viele politische und kulturelle Komponenten. **Daher ist bei dem aktuell starken Ausbau der professionellen Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge eine große Trägerpluralität besonders notwendig.**

Damit in diesem Bereich auch in Zukunft Bürgerschaftliches Engagement gut gelingen kann, sind aus Sicht des Fachbeirates Bürgerschaftliches Engagement folgende Schritte notwendig:

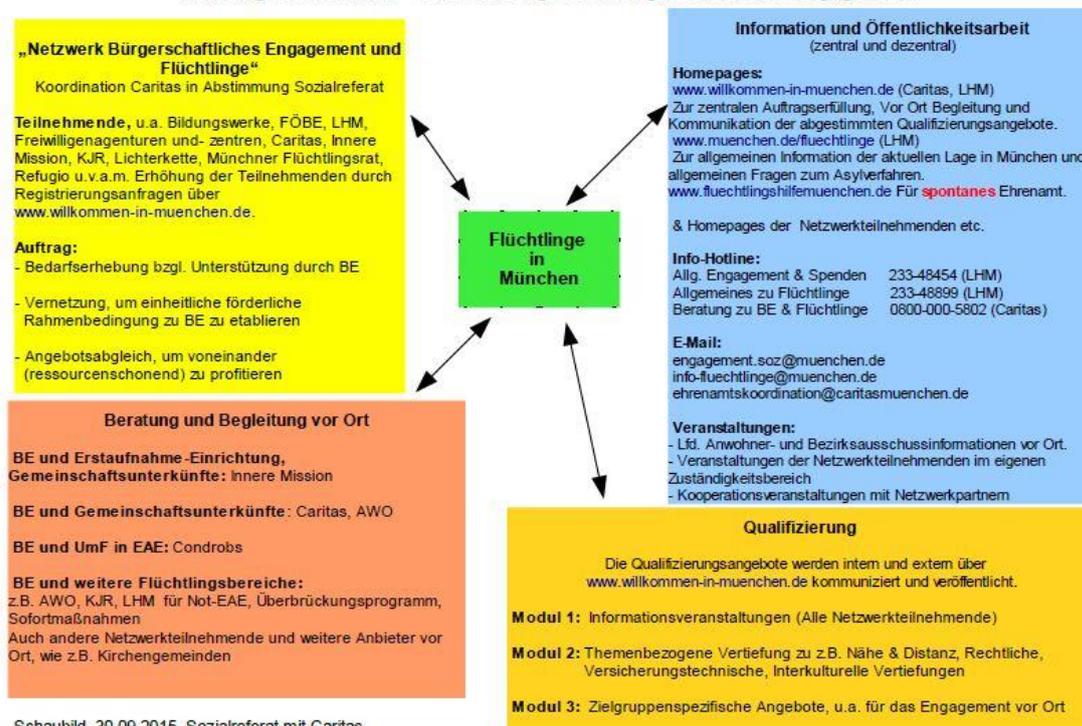
3.1 Pluralität erhalten und fördern

Münchnerinnen und Münchner engagieren sich aus verschiedensten Gründen für Flüchtlinge. Diese Pluralität muss auch von den Trägern von Maßnahmen und Diensten im Bereich der Begleitung von Flüchtlingen berücksichtigt werden. Der Zugang zu Flüchtlingen darf, außer in gut begründeten Fällen, nicht ideologisch, politisch oder religiös begrenzt werden.

3.2 Für klare Strukturen sorgen und niederschwellige Anlaufpunkte schaffen

Die dankenswerterweise - aber auch in aller Eile - geschaffenen Anlaufstrukturen für Bürgerschaftliches Engagement sind noch klarer und transparenter weiterzuentwickeln und zu kommunizieren.

Flüchtlinge in München – Unterstützung durch Bürgerschaftliches Engagement



Schaubild, 30.09.2015, Sozialreferat mit Caritas

Hier ist zusammen mit den beteiligten Trägern eine Vereinfachung der Struktur anzustreben. Der Fachbeirat empfiehlt eine **regionale und flächendeckende Struktur**, über die Interessierte in optimaler Weise gebündelt und auf direktem Wege in ihrem Stadtteil ins Engagement finden.

Ein pluraler Zugang ist dabei weiter zu entwickeln, der Transparenz, Offenheit und koordinierte Zusammenarbeit aller Akteure voraussetzt. Engagierte müssen in einer komplexen Stadt immer vielfältige Zugangswege finden, sei es über die Freiwilligenagenturen Tatendrang, die Stiftung Gute Tat, oder Caritas f-net, über die Münchner FreiwilligenMesse, über die Hotlines von Caritas und Sozialreferat oder über den Münchner Flüchtlingsrat, die Helferkreise vor Ort und die Website www.willkommen-in-muenchen.de, www.fluechtlingshilfemuenchen.de, um nur einige zu nennen.

3.3 BE Kompetenz bei den beteiligten Hauptamtlichen und Organisationen stärken

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den Gemeinschaftsunterkünften und in den Wohngruppen mit unbegleiteten Flüchtlingen sollten im Freiwilligenmanagement geschult und für die Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen gewonnen werden. Die bewährte Praxis von Caritas Alveni und der Inneren Mission dienen als Vorbild. Dabei ist besonders vonseiten des Stadtjugendamtes auf die Träger der Jugendhilfe für die jungen unbegleiteten Flüchtlinge einzuwirken, damit ein verbessertes Freiwilligenmanagement durch die Betreuerinnen und Betreuer vor Ort stattfindet.

3.4 Engagement (Selbsthilfe) der Flüchtlinge stärken

Es kommen nicht nur Menschen zu uns, die Hilfe benötigen, sondern Personen mit vielfältigen Erfahrungen, Kompetenzen und Ressourcen, die ihr Schicksal gerne selbst in die Hand nehmen, wenn ihnen die Möglichkeit dazu gegeben wird. Viele Beispiele zeigen, dass auch Flüchtlinge und Asylsuchende rasch im Stande sind, sich mit ihren Fähigkeiten einzubringen, für sich und ihre Angehörigen Sorge zu tragen, beziehungsweise sich gegenseitig zu unterstützen.

Der Fachbeirat empfiehlt die Selbsthilfekräfte der Flüchtlinge zu stärken. Dies kann durch die unbürokratische zur Verfügung Stellung von Räumlichkeiten und finanziellen Mittel erfolgen. Die Förderung muss dabei möglichst niederschwellig ankommen, da von den Selbsthilfegruppen der Flüchtlinge keine Erfahrung im Umgang mit deutschen Förder- und Abrechnungssystemen erwartet werden kann.

Auch viele Initiativen von Migrantinnen und Migranten, die schon länger in Deutschland oder in München leben und die zum Teil auch einmal selbst als Flüchtlinge nach Deutschland und nach München gekommen sind, bieten vielfältige Unterstützungsleistungen für Neuankömmlinge sowie auch speziell für Flüchtlinge an. Teilweise beginnt die Unterstützung schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Auf eine Erhebung des Selbsthilfezentrums haben 30 Migrantenvereine geantwortet, von denen bereits 29 für Flüchtlinge und Neuankömmlinge aktiv sind.

In Gremien oder Runden Tischen sollen auch Flüchtlinge eingebunden werden, besonders jene, die das Asylverfahren hinter sich haben und ihre Erfahrungen aus der schwierigen Wartezeit bis zur Entscheidung über den Aufenthaltsstatus einbringen können. Beispielsweise könnten sie selbst Weiterbildungen für Ehrenamtliche anbieten, etwa mit Informationen über die Herkunftsländer bzw. ihre Religion, oder sie können als Dolmetscherinnen und Dolmetscher unterstützen.

3.5 Rahmenbedingungen klären (Versicherung, Haftung usw.)

In der Begleitung von Freiwilligen haben sich in den letzten Jahren einheitliche Rahmenbedingungen und Standards für die Engagierten bewährt, die zu einer Ausweitung des Engagements geführt haben

- Eine feste Ansprechperson am Einsatzort
- Versicherungs- und Gesundheitsschutz
- Dauerhafte und verlässliche Begleitung und Schulungen
- Rollenklarheit und Tätigkeitsbeschreibungen für Freiwillige
- Erweitertes polizeiliches Führungszeugnis, wenn Kontakte zu Kindern und Jugendlichen bestehen und die Einsichtnahme geboten ist.

Aufgrund der Einschränkungen des Asylbewerberleistungsgesetzes besteht bei vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern Unsicherheit, ob die betreuten Geflüchteten über ausreichenden Versicherungs- und Gesundheitsschutz verfügen. Es ist sicherzustellen, dass auch die beteiligten Flüchtlinge einen adäquaten Versicherungsschutz haben.

3.6 Ehrenamtliche informieren

Engagierte haben Anspruch auf klare Information. „Auf was lasse ich mich ein?“ „Wie sind die Rahmenbedingungen?“ „Was passiert mit den Flüchtlingen?“. Ehrenamtliche engagieren sich mit

hohem persönlichem Engagement und persönlicher Verbundenheit im Sinne der gesamten Stadtgesellschaft. Sie haben einen Anspruch auf Informationen, die ihr Tätigkeitsfeld betreffen. Es darf z.B. nicht sein, dass von Ehrenamtlichen betreute Flüchtlinge quasi über Nacht behördlich in eine andere Kommune oder ein Bundesland verlegt werden. Es muss vermieden werden, dass Einrichtungen eröffnet oder geschlossen werden, ohne die örtlichen Unterstützerkreise zu informieren.

3.7 Fort- und Weiterbildungen anbieten

Damit Menschen, die sich im Flüchtlingsbereich engagieren, gut vorbereitet sind und während des Einsatzes gut begleitet werden können, sollen sowohl **grundlegende Qualifizierungsangebote als auch vertiefende Fortbildungen** weiterhin angeboten werden. Wenn gewünscht, werden zusätzlich persönliche und individuelle Vorbereitungsgespräche ermöglicht, die über die Rahmenbedingungen des freiwilligen Engagements im Flüchtlingsbereich oder über andere Engagementfelder informieren.

Der Informationsfluss über Schulungen und Infoabende, die im Netzwerk „Flüchtlinge und BE“ zusammengetragen werden, muss alle interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger erreichen.

3.8 Strategien für die Begleitung der Freiwilligen entwickeln und nachhaltige Strukturen schaffen.

Flüchtlinge in ihrem Alltag, im Umgang mit Behörden, auf ihrem Bildungsweg, sowie auf ihrer Arbeits- oder Wohnungssuche zu begleiten, ist ein anspruchsvolles und forderndes Engagement, das die zuverlässige und kontinuierliche Begleitung von Hauptamtlichen benötigt. Ehrenamtliche Paten- und Vormundschaften für junge unbegleitete Flüchtlinge oder die Betreuung von anerkannten Flüchtlingen nach ihrem Auszug aus der Gemeinschaftsunterkunft sind besonders intensive Engagements. In ausreichendem Maße für hauptberufliche Ehrenamtskoordinatorinnen und -koordinatoren zu sorgen ist deshalb eine zentrale Stellschraube, das wertvolle freiwillige Engagement zu erhalten und nachhaltig zur Wirkung kommen zu lassen.

Dort wo es notwendig und sinnvoll ist, muss ein Schlüssel „Hauptberufliche – Freiwillige“ festgelegt und umgesetzt werden, der sich am Vorbild Nürnberg orientieren könnte:

„In Patenmodellen pflegen wir ein Verhältnis 39 Std. Hauptamtliche zu 60 Patenschaften, beim Engagement in Kindertageseinrichtungen, bei dem der Kooperationspartner wichtige Aufgaben übernimmt ein Verhältnis von 39 Std. zu 100 Freiwilligen, bei den Freiwilligengruppen, die sehr selbstständig arbeiten kann man 39 Std. auch bis zu 200 Freiwillige begleiten.“ Die Zahlen basieren auf keinen empirischen Erhebungen, sondern sind Richtwerte, die das Zentrum Aktiver Bürger mit der Stadt Nürnberg festgelegt hat. Die Praxis zeigt, dass sie realistisch angesetzt sind. (Auskunft Zentrum Aktiver Bürger, Nürnberg)

Auf Landesebene sind tiefgreifende Veränderungen in der Förderung der Asylsozialberatung für Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte beabsichtigt, die u.a. München als Modellregion vorsehen. Es werden Landesmittel, die die Stadt durch eigene Zuschüsse ergänzen kann, an mehr Akteure als bisher ausgeschüttet. Demnach liegt es zukünftig in der Hoheit der Stadt, Richtlinien für die Zusammenarbeit mit den Asylsozialberatungsstellen einzuführen, die auch die Begleitung von Freiwilligen in die Aufgabenbeschreibung miteinbeziehen und dafür Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

EMPFEHLUNGEN

- Die Integration von Geflüchteten in unsere bunte und interkulturelle Gesellschaft braucht Engagierte aus allen Bereichen. Daher müssen die Zugänge zum Engagement auch unter politischen Gesichtspunkten politisch **vielfältig und plural** sein.
- **Regionale und stadtteilbezogene Engagementfelder** entsprechen der Lebenswirklichkeit und dem Wunsch vieler Freiwilliger. Die Beratung sowie die Informations- und Qualifizierungsangebote für Freiwillige sind deshalb dezentral weiter auszubauen. Die dezentralen Angebote sind auf der Internetseite der www.willkommen-in-muenchen.de aufzuzeigen.
- Für die verlässliche und langfristige Begleitung und Schulung der Freiwilligen braucht es **ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Das vorhandene Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge soll in den nächsten Monaten Lösungen für eine langfristig und strategisch ausgelegte Struktur zur Begleitung und Koordination der Freiwilligen unter Einbeziehung des Fachbeirates entwickeln.** Freiwilligenagenturen, FÖBE, die beteiligten Wohlfahrtsverbände, Sozialreferat und weitere Akteure müssen zusammenwirken. Gemäß den weiteren Entwicklungen müssen Entscheidungen regelmäßig überprüft und nachjustiert werden.
- **Hauptamtliche** im Feld der Flüchtlingshilfe sind für die Zusammenarbeit mit Freiwilligen - beispielsweise durch **Inhouse-Schulungen** - zu sensibilisieren und zu qualifizieren.
- Die **Selbsthilfe** der Geflüchteten ist zu stärken. Vor allem durch eine intensive Einbindung in die Arbeits- und Vernetzungsstrukturen in München sowie die Unterstützung durch hiesige - vor allem muslimische und interreligiöse – Kulturvereine.
- Der vom Fachbeirat geforderte **Innovationsfonds** muss für diesen Engagementbereich unkomplizierte Förderung ermöglichen. Bereits kleinere Beträge könnten viel bewirken, zum Beispiel für Ausflüge, Kochen oder Geschichtswerkstätten.¹

¹ Vorbild : Fonds Flüchtlinge und Ehrenamt Hamburg – über die Hamburger Bürgerstiftung werden unbürokratisch bis zu 1000 Euro vergeben) ¹www.buergerstiftung-hamburg.de/fonds_fluechtlinge_ehrenamt

4. Zukunft der Vereine

Die Zukunft der Vereine ist auch in München in Gefahr: Immer weniger Engagierte übernehmen Verantwortungspositionen, v. a. das Vorstandsamt ist immer schwieriger zu besetzen. München muss den eigenen Status Quo ermitteln und rechtzeitig gegensteuern, um die Vitalität des Vereinswesens zu erhalten.

Heute gibt es um die 600.000 Vereine in Deutschland, in München etwa 10.000. Etwa die Hälfte allen freiwilligen Engagements findet in Vereinen statt. Die meisten Vereine verfügen über wenig Geld und bewegen dennoch viel. Über fünfzig Prozent der Vereine in Deutschland hat unter 10.000 Euro im Jahr an Einnahmen zur Verfügung, durchschnittlich hundert Mitglieder und etwa zwanzig Ehrenamtliche, die unentgeltlich das Vereinsleben organisieren.

Ein Erfolgsgeheimnis des Vereins ist seine sehr flexible Form, die sich an die unterschiedlichsten Zwecke und Arbeitsweisen gut anpassen kann. Obwohl es viele altherwürdige Vereine gibt, lässt die Dynamik neuer Gründungen nicht nach.

Große Vereine (Verbände, Kirchen, Gewerkschaften, Parteien) verlieren Mitglieder, kleinere, eher aufgaben- und zielspezifische Vereine wachsen. Heute entstehen viele Vereine im Bildungsbereich, zum Beispiel als Träger von Kinderkrippen oder freien Schulen. Aber auch neue Kulturangebote werden häufig von Vereinen getragen. Und schließlich gibt es einen wahren Gründungsboom bei Fördervereinen, die bestimmte Einrichtungen wie Museen oder Theater unterstützen.

Obwohl man eine ungebrochene Vitalität des Vereinswesens feststellen kann, gibt es auch Probleme: **Offensichtlich schrumpft die Zahl der Menschen, die einen Verantwortungsposten übernehmen.** 1999 sahen sich noch 38 Prozent aller freiwillig Engagierten in einer verantwortlichen Rolle (Freiwilligensurvey). Zehn Jahre später waren es nur noch 32 Prozent. Die Bereitschaft, sich langfristig zu binden und „notfalls“ auch mal den Kopf hinzuhalten, nimmt ab.

- 97% aller Vereine arbeiten mit Ehrenamtlichen
- 80% der Vereine haben Probleme, Ehrenamtliche zu gewinnen
- 85% - egal ob großer Sportverein oder kleine Initiative - geben an, dass es immer schwieriger wird, ehrenamtliche Leitungspositionen zu besetzen
- nur 50 % der Vereine gehören Dachverbänden an.

Wichtige Ursachen der Krise der Vereine

- **Öffentliche Vorgaben, besonders kommunale und staatliche Vorschriften** erschweren das Vereinsleben. Viele gesetzliche Regeln zielen auf hauptamtlich geführte Einrichtungen oder Gewerbebetriebe, betreffen aber auch ehrenamtlich geführte Vereine: Minijobregelungen, Jugendschutzbestimmungen, Hygiene-, Brandschutz- und Lebensmittelverordnungen, neue Steuerrichtlinien, SEPA Umstellung, TÜV-Prüfungen und vieles mehr. Viele ehrenamtliche Vorstände haben das Gefühl: Jetzt ist es aber genug! Und dann kommt doch noch eine weitere Vorschrift dazu.
- **Veränderte Arbeitswelt:** Menschen müssen heute mobil sein. Termine für das Vereinsleben zu finden, an denen alle Beteiligten dabei sein können, ist schwieriger geworden. Selbst in der eigenen Familie, wenn beide Eltern berufstätig sind und die Kinder in unterschiedliche Schulen

gehen, die vielleicht auch noch weit entfernt sind, findet man nur mit Mühe gemeinsame Zeit fürs Vereinsleben.

- Ein **verändertes Freizeitverhalten** zwingt Vereine dazu, mit vielen alternativen Angeboten zu konkurrieren. Fitness-Studios und Volkshochschulen kommen den Sportvereinen ins Gehege. Kulturvereine müssen sich gegen Multiplexkinos oder Diskotheken behaupten. **Vereinen stehen heute meist in einer Marktsituation:** Um attraktiv zu sein, müssen sie mit Veranstaltungen punkten, die immer mehr Geld kosten. Das erhöht das Risiko. Leicht kommt man in eine finanzielle Schieflage, wenn beispielsweise das Sommerfest verregnet ist.
- Das **freiwillige Engagement hat sich verändert:** Engagierte interessieren sich für Ideen und Projekte, die den zeitlichen Einsatz begrenzt halten und viel Raum für Selbstbestimmung und Gestaltung lassen. **Es gibt keine Krise des Engagements, aber es findet andere Orte als traditionelle Vereine** oder klassische Funktionen wie Vorstandschaft, Schriftführer, Kassenwart etc. Dabei sinkt die öffentliche Anerkennung für diese Ämter. An die Stelle der „Ehre“ ist bisher kein modernes Äquivalent getreten.
- **Die Mitglieder sehen sich weniger in der Eigenverantwortung** oder erleben den Verein als „Heimat“, sondern treten mit einer Dienstleistungserwartung an ihn heran.

Vor allem im Vorstand laufen die Probleme zusammen. Vorstände übernehmen durch die persönliche Haftung über einen langen Zeitraum große Verantwortung und gehen rechtliche Risiken ein. Dabei fehlt es ihnen häufig an Unterstützung. Nur etwa die Hälfte der Vereine sind heute Verbänden angeschlossen, die Fortbildung, Beratung oder Rahmenversicherungsverträge bereitstellen. Vor allem die kleinen Vereine - die allerdings die wichtigsten Träger des Bürgerschaftlichen Engagements sind - fühlen sich überfordert.

Der Vorstand eines Vereines hat vielfältige Aufgaben:

Konsequentes Handeln, öffentliches Ansehen, strategisches Denken, Zielorientierung, Organisationsfähigkeit, Kontaktfreudigkeit, Kommunikationsfähigkeit und Personalführung sind nur ein paar der Anforderungen und oft auch Überforderungen in dieser Position. Besonders die sogenannten Soft Skills, die Qualität der Kommunikation, die Atmosphäre in einem Verein und transparente Entscheidungswege sind entscheidend, ob Nachwuchs generiert werden kann. Gerade dafür gibt es aber nur wenige oder gar keine Qualifizierungsmaßnahmen.

Die meisten Vereine, nämlich 72 Prozent, sind im lokalen Umfeld aktiv. Sie sind Mitgestalter des öffentlichen Lebens und Träger der Zivilgesellschaft, was Raum für Engagement bietet und den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördert. Deswegen ist **die Zukunft des Vereinslebens für eine Stadtgesellschaft substantiell** und die Kommune als wichtiger Referenzpunkt der Vereinsunterstützung muss diese Rolle in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Ein Perspektivenwechsel ist nötig. **Nicht nur die Vereinszwecke sollten im Fokus der kommunalen Förderung stehen, sondern die Grundstruktur und Zukunftsfähigkeit der Vereine generell in den Blick genommen werden.**

Durch das Engagement der Robert Bosch Stiftung und deren Projekt „**Engagement braucht Leadership**“ sowie die Aufbereitung des Themas durch Dr. Thomas Röbbke, Geschäftsführer des Landesnetzwerks BE, liegen jetzt ein höchst wertvolles Kompendium und ein Fachwissen vor, das die

Zukunft der Vereine in den Fokus rückt und das der Fachbeirat in seine Überlegungen zu möglichen Lösungswegen einbezogen hat.²

Diese allgemeinen Entwicklungen gelten auch in München: Es gibt bereits gute Fachberatungen für Kulturvereine durch das Kulturreferat, das Selbsthilfezentrum steht Selbsthilfegruppen in rechtlichen Belangen zur Seite, Dachverbände aus der Wohlfahrt oder dem Sport organisieren Fortbildungen. Evangelisches Bildungswerk, Volkshochschule sowie IBPro bieten bewährte Formate wie den „Vereinsführerschein“ an und Kreisjugendring, Hanns-Seidl-Stiftung oder Landesnetzwerk BE schreiben regelmäßig entsprechende Kurse aus.

Für viele ehrenamtliche Vorstände sind diese Weiterbildungen jedoch zu zeitaufwändig, zu teuer oder gerade dann nicht angeboten, wenn es im Verein Probleme gibt. **50 % der Vereine gehören keinem Dachverband an und haben deshalb keinen Zugang zu dessen Fortbildungen.** Gerade was die sogenannten weichen Faktoren angeht, die für die Attraktivität eines Vereins besonders wichtig sind, fehlen definitiv entsprechende Angebote.

EMPFEHLUNGEN

Deshalb schlägt der Fachbeirat ein mehrstufiges Vorgehen vor, die Situation der Vereine in München und damit das Bürgerschaftliche Engagement in seiner Substanz zu unterstützen.

1. Eine aktivierende Befragung hinsichtlich der tatsächlichen Problemlagen und des tatsächlichen Bedarfes. Mit der Begleitung des Landesnetzwerks an seiner Seite ist ein Auftrag zur aktivierenden Befragung an einen Akteur zu vergeben, der diese aktivierende Befragung konzipiert und durchführt und Erfahrungen in qualitativer sowie quantitativer Befragung hat. Die Kooperation von Fachbeirat und Direktorium ist unabdingbar, um ein geeignetes Institut zu finden.
2. Aufgrund der Ergebnisse der Befragung werden die nächsten Schritte geplant. Der Fachbeirat ist bereit, dabei mitzuwirken und diese zu begleiten.

² Dr. Thomas Röbbke, Engagement braucht Leadership, Stärkung von Vereinen und ihren Vorständen als Zukunftsaufgabe. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, 2014.

www.bosch-stiftung.de/content/language1/html/33875.asp

5. Kultur und Bürgerschaftliches Engagement

Engagement im kulturellen Bereich ist bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr beliebt und birgt das Potenzial beide Seiten zu bereichern. Der kulturelle Sektor ist dem Bürgerschaftlichen Engagement gegenüber jedoch immer noch sehr verschlossen. Ursachen hierfür sind beispielsweise die Angst vor Jobverlust und Mangel an Knowhow. Diese gilt es zu verstehen und ihnen zum Beispiel durch das Nutzen von Coaching-Ressourcen entgegenzuwirken.

Kultur und Bürgerschaftliches Engagement ist ein schwieriges Feld mit besonderen Voraussetzungen. „Kunst, Kultur, Musik gehören zu den attraktivsten Gelegenheitsstrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland“. Laut Freiwilligensurvey 2009 liegt dieser Engagementbereich auf Platz 4 bei der Zahl der bürgerschaftlich Tätigen.“³

In einer Wissensgesellschaft, mit gut ausgebildeten, kulturell interessierten und besonders bildungshungrigen Stadtbewohnerinnen und -bewohnern, ist eine **hohe Bereitschaft vorhanden**, sich freiwillig zu engagieren und dabei überdies etwas für sich zu lernen und Neues zu erfahren. Das sind die Erwartungen der potenziellen Freiwilligen an ein Engagement im Kultursektor. Es gibt eine unglaublich lebendige Stadtteilkulturszene, in die sich kulturell interessierte Bürgerinnen und Bürger einbringen. Leider sind die Angebote von Museen, Theatern oder anderen Kunst- und Kultureinrichtungen der sogenannten „Hochkultur“ in München bei Weitem nicht ausreichend, um die Nachfragen der Personen befriedigen zu können, die sich in diesem kulturellen Sektor freiwillig engagieren wollen.

Die Bereitschaft zum Engagement im Kulturbereich hat deutlich zugenommen, aber es gibt zu wenige qualifizierte Einsatzplätze. In den letzten Jahren scheint sich vor allem im Museumsbereich etwas zu bewegen. Aber **die Einbeziehung von Freiwilligen ist im Kulturbereich bei Weitem nicht flächendeckend und selbstverständlich.**

Freiwilligenagenturen können die vielen Anfragen von Interessierten, die sich ein kulturelles Engagement vorstellen, nicht bedienen und die Besucherinnen und Besucher der Münchner FreiwilligenMesse wünschten sich 2013 und 2015 weit mehr kulturelle ehrenamtliche Tätigkeiten, als angeboten werden konnten. Kultureinrichtungen in München, wie zum Beispiel die Pasinger Fabrik mit ihrem Projekt „Kulturschwestern“ oder der KulturRaum stehen vor der Aufgabe wöchentlich Absagen erteilen zu müssen. Die „Überdosis“ Soziales ist im Bürgerschaftlichen Engagement leider immer noch Realität.

Warum sich Freiwilligen öffnen?

Freiwillige bringen eine andere Sichtweise, einen ungetrübten, unabhängigen Blick von außen mit, der für die kulturelle Arbeit inspirierend und befruchtend ist. Sie sind Lobbyisten und Botschafter für die Einrichtung, denn sie sind stolzer Teil eines Ganzen, stehen für die kulturelle Einrichtung ein und erweitern deren Bekanntheitsgrad und Reichweite. Sie können dazu beitragen, die Schwelle zu senken, die eine Hochkultureinrichtung mit sich bringt. Andere Interessentenkreise und soziale Milieus werden erreicht und weitere Geldquellen erschlossen. Aus einer zunehmenden Komm- könnte eine Gehstruktur werden. **Ein Zugehen auf bisher ausgeschlossene oder schwer zu erreichende Adressaten, die nicht in Gruppen erreicht werden können, wird möglich** (Migrantinnen und Migranten ohne Vereinsanbindung, Jugendliche außerhalb des Schulverbandes, Kinder aus sozial

³ Dr. Thomas Röbbke / Bernd Wagner BBE Newsletter 1 /2011. Freiwilligen-Engagement im Kulturbereich: ein schwieriges Feld mit besonderen Voraussetzungen.

benachteiligten sozialen Schichten außerhalb von Kindertagesstätten, Seniorinnen und Senioren mit geringem Einkommen), denn das Recht auf Teilhabe an Kultur gilt für alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner. Die Engagierten könnten diese Personen bringen, holen, mit dabei sein, erklären, anleiten, also Begleitung übernehmen, die nicht von professionellen Kräften geleistet werden kann. **Soziale Themen mit Kulturthemen zu kombinieren bietet sich geradezu an:** z. B. lassen sich Sprachkurse für Migrantinnen und Migranten mit Kunst und Kultur verbinden. Oder Kulturpatinnen und -paten begleiten Kinder und Jugendliche in Kultureinrichtungen.

Warum sind aber gerade Museen, Theater und andere Kulturstätten so zögerlich, sich dem freiwilligen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger zu öffnen?

Der Kulturbereich schottet sich gerne mit dem Argument ab, das wenige Geld, das von der öffentlichen Hand kommt oder über Sponsoren eingeworben wird, soll ausschließlich der sowieso schon zu wenig geförderten Hochkultur zugutekommen. Außerdem gibt es viele prekäre, unterbezahlte und nur über Honorare vergütete Tätige in der Kulturlandschaft, die sich durch freiwillige und nicht-bezahlte Arbeit bedroht fühlen. Darüber hinaus verfügt der Kulturbereich noch über zu wenig Knowhow, was das Freiwilligenmanagement betrifft.

Welche Struktur bräuchte es, damit Museen, Theater und andere Hochkulturstätten sich öffnen?

2016 erhält das Kulturreferat eine Halbtagsstelle für Bürgerschaftliches Engagement in der Stadtteilkultur, was sehr erfreulich ist. Mit dem Kulturreferat der Stadt sollten darüber hinaus im intensiven Gespräch gemeinsame Themenfelder und Einrichtungen im Hochkulturbereich identifiziert werden, die sich für Freiwilligenarbeit öffnen möchten. Diese sollte man mit einem stadtübergreifenden **Coaching** (die Referentinnen und Referenten könnten durchaus auf Honorarbasis und zeitlich befristet arbeiten) in die Lage versetzen, ein eigenes Freiwilligenmanagement im Haus zu installieren, etwa nach dem Modell der Pasinger Fabrik. Die Zusammenarbeit mit der Stadtteilkulturarbeit sollte intensiviert werden. **Die Spitze des Kulturreferates muss ein deutliches Zeichen setzen, dass die Kooperation mit Ehrenamtlichen gewollt wird.** Beginnen sollte man mit Pioniereinrichtungen, die Ehrenamtliche auch wirklich willkommen heißen.⁴

Ziele und Aufgaben eines Coachings:

- Das Knowhow zum Freiwilligenmanagement systematisch in die Kulturarbeit einfließen lassen.
- Organisationen vor allem dabei unterstützen, die Profile von freiwilliger Tätigkeit und professioneller Arbeit zu schärfen.
- Die Vermittlungstätigkeit sollte weiterhin über die bekannten Freiwilligenagenturen laufen, jedoch müssen auch sie intensiver in die Besonderheiten der Kulturarbeit eingeführt werden.
- Das Engagement in der Kultur bei den Bürgerinnen und Bürgern, in den Medien und in der Stadtpolitik sowie Verwaltung bekannt machen und erweitern helfen.
- Eine aktive Vermittlungstätigkeit zwischen Stadt München und Land Bayern, da viele kulturelle Einrichtungen auf beiden Ebenen angesiedelt sind.
- In Zusammenarbeit mit dem Kulturreferat der LHM, der Stadtteilkultur und den von der Stadt geförderten Kultureinrichtungen umsetzungsfähige Freiwilligenprojekte entwickeln.

Erfolgversprechend scheint die Kooperation zwischen kulturellen und sozialen Einrichtungen.

Nimmt man den großen gesellschaftlichen Auftrag zur Inklusion von bisher ausgeschlossenen oder am Rande stehenden Bevölkerungsgruppen als Richtschnur, so ist es dringend nötig, auch über Freiwilligenprojekte Zielgruppen anzusprechen, denen bisher kulturelle Einrichtungen verschlossen bleiben.⁵

Orte, die geeignet wären:

Gerade das **NS Dokumentationszentrum** könnte der ideale Ort für bürgerschaftlich Tätige sein. Freiwillige können Botschafter für dieses Zentrum werden, die Zahl und das Spektrum der Besuchergruppen erweitern und ihre Ideen in die Weiterentwicklung einbringen. (Siehe positives Beispiel Ehrenamtliche in der KZ Gedenkstätte Dachau⁶ oder in der KZ Gedenkstätte Buchenwald.⁷)

Auch das **Stadtmuseum München** könnte ein weiterer Ort sein, ein Freiwilligenprojekt anzusiedeln.

EMPFEHLUNGEN

- Die Spitze des Kulturreferates muss ein deutliches Zeichen setzen; dass die Kooperation mit Ehrenamtlichen gewollt wird.
- Coaching-Angebote können helfen, Möglichkeiten für den Einsatz von Freiwilligen zu finden (speziell in Organisationen der Hochkultur). Pilotprojekte sollen entwickelt und klar kommuniziert werden.
- Es gilt, Angebote für Menschen zu entwickeln, die in der Regel keinen oder nur geringen Zugang zu kulturellen Einrichtungen haben.

⁵ Hier ist auch die Initiative des Rates für die Künste Berlin interessant, die im Projekt „Mondiale“ Kultureinrichtungen und Flüchtlingsheime zu gemeinsamen Projekten zusammenbringt. www.rat-fuer-die-kuenste.de/2014/09/berlin-mondiale

⁶ www.versoehnungskirche-dachau.de/themen/pages/Suehnezeichen.htm - Gedächtnisbuch für Häftlinge aus Dachau und Mitarbeit in der Versöhnungskirche

⁷ Führungen im KZ Buchenwald werden von einer ehrenamtlichen Initiative betreut. Hier sind aber aus eigener Anschauung hervorragend ausgebildete Personen vorhanden, die sich aus einer schon existierenden Bürgerschaftliche Initiative zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Weimar rekrutieren.

6. Inklusion und Bürgerschaftliches Engagement

Inklusion meint nicht nur den Umgang mit Menschen mit Behinderung sondern die Einbeziehung aller, die von Ausgrenzung betroffen sind. Das schließt ein, dass auch allen Menschen der Zugang zum Bürgerschaftlichen Engagement ermöglicht werden soll. Hier sind erste Ansätze getätigt, aber München hat noch eine große Aufgabe vor sich.

Die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2008 und die Verabschiedung des nationalen Aktionsplans 2011 durch die Bundesregierung setzten nicht nur Wegmarken, sondern stellten einen ganz neuen Wegweiser auf, der einerseits in **euphorische Aufbruchsstimmung**, andererseits in **Bedrohungsszenarien** mündete. Auf jeden Fall schien damit ein neues Zeitalter im Umgang mit Menschen mit Behinderung eingeläutet, das fortan alle fachlichen und politischen Diskussionen beherrschte.

Relativ schnell wurde jedoch allen bewusst, dass das Thema nicht nur weit differenzierter zu bedenken ist als zunächst angenommen, sondern vor allem einen äußerst langfristigen Zeitraum beansprucht, der mit der Kurzatmigkeit politischer Schnellschüsse so gar nicht kompatibel ist. *„Inklusion löst (eben) nicht Integration ab. Inklusion und Integration sind nicht sich ablösende pädagogische oder politische Konzepte, sondern komplexe gesellschaftliche Sachverhalte, die sich nur begrenzt politisch oder pädagogisch steuern lassen. Inklusion bezieht sich auf die strukturelle Zugänglichkeit sozialer Systeme bzw. die strukturelle Zugehörigkeit von Menschen zu ihnen. Integration bezieht sich dagegen auf die Qualität der in sozialen Systemen wirksamen Bindungen und Einbindungen, deren Zusammenhalt.“* (Jörg Michael Kastl, unveröffentlichtes Vortragskript „Fachforum Inklusion im Spiegel von Wissenschaft und Forschung“, Stuttgart, 30. Jan. 2014) Dieser Gedankengang bedeutete einen ganz neuen gesellschaftlichen Diskurs jenseits aller fachpolitischen Themenspezialisierungen – nun scheinen dieser Grundsatz und die dazugehörige Debatte weitgehend in der Versenkung verschwunden zu sein.

Das sollte nicht sein, denn die mit dem Stichwort Inklusion benannte Chance meint nichts weniger als die **nachhaltige Umgestaltung unseres Gesellschaftsgefüges, die weitgehend alle Bereiche einbezieht und für weitgehend alle Bevölkerungsteile relevant ist**. Inklusion meint eben nicht nur den Umgang mit den so genannten Menschen mit Behinderung sondern die Einbeziehung aller, die – wie auch immer – von Ausgrenzung betroffen sind.

Insofern stand die „in der Versenkung verschwundene“ Diskussion erst ganz am Anfang. Sie vermittelte eine erste Ahnung davon, dass Inklusion nicht Barrierefreiheit und nicht die Chancengleichheit von Menschen mit Behinderung bedeutet. Nehmen wir doch den Faden wieder auf, um der Vision eine Chance zu geben und uns dem eigentlichen Postulat der Inklusion anzunähern. Beschränken wir uns dabei zunächst auf die ersten Schritte und fokussieren Menschen mit Behinderungen, so wie Inklusion im Alltagssprachgebrauch bisher verstanden wird. Dies allein birgt genügend Diskussionspotenzial und stößt manch gut gemeintes Inklusionsprojekt, das die Abschaffung der Sonderbildungseinrichtungen oder die totale Teilhabe an der Gesellschaft im Blick hat, vor den Kopf.

Prof. Heiner Keupp hat dies ebenso drastisch wie einleuchtend formuliert und führt uns die Schattenseiten vor Augen, mit denen ein vordergründiger, plakativer Umgang das Thema verdunkelt:

Inklusion klingt wie das Versprechen einer großen Freiheit, und bedeutet letztlich aber, aus Schon-, Schutz- und Ausgrenzungsräumen in dem Getriebe des globalisierten Netzwerkkapitalismus anzukommen, mit all seinen Chancen und Risiken. Verstehen wir unter Inklusion das Recht an den

allgemeinen Zugangschancen zu Bildung, Freizeit, Gemeinschaft oder Konsum uneingeschränkt beteiligt zu sein, dann bedeutet es in letzter Konsequenz Teilhabe an einer kapitalistischen Gesellschaft, in der eine gnadenlose Konkurrenz um Geld, Macht und Status herrscht. (Vortrag zur erschöpften Gesellschaft)

Kommen wir zum Wesentlichen, mit dem sich dieser Bericht zu beschäftigen hat: Bürgerschaftliches Engagement und Inklusion haben die fachpolitischen Akteure und Gremien in den letzten zwei Jahren beschäftigt. Das Forum BE hat in etlichen Sitzungen und Kleingruppen ein Positionspapier erarbeitet, das diesem Bericht als Anhang beigefügt ist. Die Kernaussage bezieht sich darauf, dass allen Menschen der Zugang zum BE ermöglicht werden soll, womit Ausgrenzung entgegengewirkt wird. Es gibt sich jedoch nicht der Hybris hin, dass dies von heute auf morgen möglich sein wird, sondern versteht das Postulat auch als langfristiges Programm. *„Ausgrenzungen, die auf gesellschaftlichem Status, Bildungsstand, Geschlecht oder Religionszugehörigkeit basieren, sind kritisch zu reflektieren und abzubauen.“* (FORUM BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT: Vision und Grundsätze zu Inklusion, Präambel).

Dabei wird die Haltungsänderung hervorgehoben: *„Angestrebt wird die Veränderung von Strukturen und das Sicherstellen von Chancengleichheit. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle Beteiligten aufgefordert, bei sich selbst anzufangen. Entscheidend ist ein bewusstes Wahrnehmen und Anerkennen von Ängsten, Unsicherheiten und gedanklichen Barrieren. Inklusion als Querschnittsthema betrifft sowohl die Institutionen im BE als auch die Entscheidungsträger, die günstige Rahmenbedingung zum Abbau von Ausgrenzungen schaffen können.“* (ebd., Pkt. 5 der Grundsätze „Selbstverständlich freiwillig“)

In den verschiedensten Facheinrichtungen sind bereits positive Ansätze festzustellen, Menschen mit eingeschränkter Mobilität, mit seelischen, geistigen oder Sinnesbehinderungen Zugangsmöglichkeiten zum BE zu eröffnen, u.a.:

- Freiwillige mit einer geistigen Behinderung erhalten eine Assistenz, um sich engagieren zu können.
- Induktionsschleife für Hörgeräte- und Cochlea-Implant-Träger sind bereits vorhanden.
- Die Website ist barrierefrei konzipiert.
- Fortbildungen werden nicht zu intellektuell gestaltet, die ganze Bandbreite wird berücksichtigt.
- Wohnortnahes Engagement ist möglich (auch für Mobilitätseingeschränkte erreichbar).
- Die Haltung bzw. Einrichtungskultur wurde angepasst.
- Die Münchner FreiwilligenMesse 2015 hatte das Motto „München wird inklusiv. Engagement von und für Menschen mit Besonderheiten“.
- Das Sozialreferat hat eine Anlaufstelle für Menschen mit Besonderheiten eingerichtet, die sich engagieren wollen.

Demgegenüber sind jedoch auch Mängel bzw. Kritikpunkte zu nennen, u.a.:

- Verschiedene einschlägige Facheinrichtungen (Beratungs- und Vermittlungsstellen für BE) sind nicht barrierefrei.
- Es fehlen neue, niederschwellige Aufgaben/Formate für Menschen mit Behinderung oder psychischen Einschränkungen, die sich engagieren wollen.

- Es ist eine fehlende Kooperation innerhalb der Verwaltung festzustellen.
- Einsatzstellen sind überfordert.
- Fortbildungsprogramme sind zu sehr auf „stromlinienförmige Zielgruppen“ hin konzipiert.
- Am Beispiel der Kirchen wird zudem deutlich, dass die generelle Diskussion noch am Anfang steht, denn Kirchen sind alles andere als inklusiv, was die Anstellung ihrer Mitarbeitenden angeht. Dennoch wird von ihnen „Inklusion“ als Postulat für sich reklamiert.

Insgesamt lässt sich auf München bezogen feststellen, dass der Inklusionsgedanke noch lange nicht, zumindest bei weitem nicht ausreichend, im Bereich des BE angekommen ist. Der Aktionsplan „München wird inklusiv“ stellt zwar mit 47 Maßnahmen ein umfangreiches und vielversprechendes Programm der Stadt dar, lässt jedoch die Einbeziehung des BE vermissen. Hier könnte sich München ein Beispiel am Bundesprogramm nehmen. **Im Zuge des nationalen Aktionsplans von 2011 wurde innerhalb des Bundesverbands Bürgerschaftliches Engagement (BBE) mit Unterstützung des Bundesarbeitsministeriums das Forum inklusive Gesellschaft eingerichtet, das unter anderem Handlungsempfehlungen für den Bereich des BE entwickelt.** (Engagement macht stark, Magazin des BBE, 4. Jahrgang, Ausgabe 2 / 2014, S.122)

Das Forum BE hat sich für München denn auch als Aufgabe gesetzt, mit den Verantwortlichen des Aktionsplans „München wird inklusiv“ künftig an der Einbeziehung des BE zu arbeiten.

Vorbild könnte dabei der Norden der Republik sein. **Schleswig-Holstein** hat mit seinem Pilotprojekt „mittenmang“ dezidiert die Teilhabe am BE im Fokus (Nicole D. Schmidt, Petra Knust: mittenmang dabei! Bürgerschaftliches Engagement als Chance. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 45, Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2013) und in **Hamburg** schlägt die Diakonie mit dem Projekt „Selbstverständlich freiwillig“ entsprechende Brücken. (Engagement macht stark, Magazin des BBE, 4. Jahrgang, Ausgabe 2 / 2014, S.77f)

EMPFEHLUNGEN

- Das Thema Inklusion muss unter dem Gesichtspunkt kritischer gesellschaftspolitisch-philosophischer Gedanken diskutiert werden. Es geht dabei nicht um die Konzeption weiterer Maßnahmen, sondern vorrangig um die gründliche Reflexion tradiertter Haltungen und Sichtweisen. Die daraus folgende Neuentwicklung stellt einen zähen, langen und langsamen Prozess dar.
- Es sollten Indikatoren entwickelt werden, die Veränderungen überprüfbar machen und die in einem regelmäßigen „Inklusionsbericht“ veröffentlicht werden.
- Zwischen dem Forum BE und dem Koordinierungsbüro für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Sozialreferat wurde bereits ein Kontakt hergestellt, der intensiviert werden wird. So soll beispielsweise Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe im zweiten Aktionsplan Berücksichtigung finden.

7. Unternehmensengagement

Unternehmensengagement wird immer selbstverständlicher, und viele Unternehmen engagieren sich oder planen dies. Darum ist es wichtig, die Qualität des Engagements gezielt zu verbessern und die Bereitschaft möglichst effizient zu nutzen. Transparenz, Übersichtlichkeit und gezielte Unterstützung sind für Unternehmen die wichtigsten Erwartungen gegenüber der Stadtverwaltung.

Unternehmen engagieren sich seit jeher für ihren Standort, die Kommune und die Stadtgesellschaft. Dies geschieht aus verschiedenen Gründen und mit unterschiedlicher öffentlicher Wahrnehmung. Globale Megatrends und gesellschaftliche Herausforderungen wie Migration, demografischer Wandel und Fachkräftemangel, erhöhen den Handlungsdruck auf Unternehmen, Politik und Zivilgesellschaft. Es ist daher nötig, entsprechende Rahmenbedingungen für die Unternehmen zu schaffen, um Unternehmensengagement zu fördern, zu intensivieren und den Einstieg in das Engagement so unkompliziert wie möglich zu gestalten.

Durch die hervorragende Arbeit der Stelle für Unternehmensengagement und der Freiwilligenagenturen gelingt der Schulterschluss von Wirtschaft und Gemeinnützigen bereits in vielfältiger Hinsicht. Eine steigende Zahl von Non-Profits wird in ihrer Zusammenarbeit mit den Unternehmen sowie Stiftungen gestärkt und Betriebe werden nicht mehr nur als Geldgeber und Sponsoren angesprochen. Stattdessen mehren sich kontinuierliche Partnerschaften auf Augenhöhe. Hier gilt es anzuknüpfen, indem langfristiges und sogenanntes "Skill Based Volunteering" (also Transfer und/oder Nutzung von Know-how) stärker gefördert und ausgebaut werden, damit das Lernen voneinander in Zukunft besser funktionieren kann.

Verschiedene Maßnahmen sind unserer Einschätzung nach wichtig, um eine stärkere Einbindung und ein höheres Verantwortungsgefühl von Unternehmen für gesellschaftliche Themen aufzubauen.

- Motivation bisher nicht aktiver Unternehmen, durch verstärkte Kommunikation seitens der Stadt. Denkbar sind auch "Schnupperveranstaltungen", bei denen die Vielfalt der Engagementmöglichkeiten vorgestellt werden oder Flyer, die gezielt an Geschäftsführer oder Personalleiter geleitet werden
- Erschließung neuer und bisher wenig für Unternehmensengagement offene Bereiche, z.B. Kultur, Gesundheit, Ökologie
- Angebot oder Vermittlung von Trainings für Unternehmensmitarbeiter zur Organisation von Firmenengagements und Weiterbildungen, die einen verbesserten Transfer der im Engagement gelernten Fähigkeiten vermitteln.

Wichtig für Unternehmensvertreter sind vor allem ein schneller Überblick und eine Bündelung der Ansprechpartner, um sich in der sehr heterogenen und uneinheitlichen NPO-Landschaft zurechtzufinden. Dies hat sich mit der Anlaufstelle Unternehmensengagement verbessert, doch ist eine weitere Bündelung und Vereinfachung immer noch anzustreben.

Der Fachbeirat begrüßt die zahlreichen Aktionen, die von der seit 2013 aktiven Anlaufstelle Unternehmensengagement - verankert im Sozialreferat - durchgeführt wurden. Positiv hervorheben möchten wir dabei besonders folgende Tätigkeiten:

- Die sehr gute Unterstützung der spontanen freiwilligen Helfer am Hauptbahnhof durch Unternehmensspenden und -logistik.

- Kompetente Beratung für Unternehmen hinsichtlich CSR, Corporate Volunteering und Corporate Giving (Spenden/Sponsoring). Dazu ergänzen sich die Stelle für Unternehmensengagement und die Freiwilligenagenturen und sprechen ihre jeweiligen Dienstleistungen ab.
- Förderung des Austausches zwischen Unternehmen und NGOs z.B. durch das Format der "Expertensprechstunden"
- Verbesserung der städtische Homepage unter www.muenchen.de/csr, so dass dort bereits relevante Informationen zur Organisation von Social Days auf einen Klick zu finden sind.

Allerdings gehen dem Fachbeirat BE manche Aktivitäten nicht tief genug oder konnten aufgrund von **zeitlichen und personellen Engpässen** bisher nicht umgesetzt werden:

- In Beratung und Darstellung auf der Website sollte das Thema des **langfristigen strategischen Engagements** stärker im Vordergrund stehen. Ein wirklicher gesellschaftlicher und ökonomischer Mehrwert entsteht nach unserer Einschätzung dann, wenn das Engagement sich wirklich von einem "sinnstiftenden Betriebsausflug" hin zu einer langfristigen Partnerschaft entwickelt.
- Kurzfristige Einführung eines Münchner Newsletters mit quartalsweisem Erscheinungstermin mit allgemeinen Infos zum Thema CV/CSR und Best Practice Beispielen, da es für einzelne Unternehmen und Betriebe ohne eigene CSR Abteilung schwer ist, in der extrem heterogenen Landschaft den Überblick zu wahren.
- Vermittlung des konkreten aktuellen Bedarfs der Stadt München: Es ist Unternehmen nicht wirklich deutlich, in welchen gesellschaftlichen Bereichen die Stadt München die aktuelle Notwendigkeit einer Unterstützung sieht.
- Ausbau der Bereiche Trainings- und Qualifikationsangebote, mit dem Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser für Corporate-Volunteering-Einsätze vorbereiten können. Auch die gemeinsame Erarbeitung von standardisierten Instrumenten, mit denen ein Feedback bei den sozialen Einrichtungen und den engagierten Mitarbeitern zu gemeinsamen Volunteering-Projekten abgefragt werden kann, kann die Qualität der CV-Projekte verbessern.

Die Einführung der Auszeichnung „**München dankt Unternehmen**“ bewertet der Fachbeirat als positiven Impuls und Motivator für die Wirtschaft, auch wenn eine erste reguläre Vergabe in 2015 wünschenswert gewesen wäre.

Das **Thema Flüchtlinge** beschäftigt Unternehmen derzeit ebenso wie die alle anderen Bereiche und Akteure der Stadtgesellschaft. Unternehmen wollen sich engagieren und einen Beitrag zur Lösung der Flüchtlingsproblematik leisten. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels liegt hierin eine große Chance für alle Beteiligten.

Eine wichtige Rolle beim Thema Integration spielt die duale Berufsausbildung. Gesellschaftliche Verantwortung, humanitäre Hilfe und Fachkräftesicherung treffen sich. Für die wertvollen Potenziale, die diese Menschen mitbringen, gilt es, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und Perspektiven zu entwickeln. Grundlegende Basis für Jugendliche und Ausbildungsbetriebe ist aber Rechts- und Planungssicherheit während einer Berufsausbildung und nach dem erfolgreichen Abschluss (zum Beispiel das von der IHK vorgeschlagene Modell 3+2). Hier ist das Engagement der Landeshauptstadt München gefordert, mit einem klaren Commitment alle Spielräume zu nutzen, um die Ausbildung von jungen Flüchtlingen und das Engagement der Unternehmen zu fördern.

Zudem wäre ein stadtweites "**Refugee Mentoring**" (Weltenbegleiter und Kulturdolmetscher für Flüchtlinge) sinnvoll, das es Unternehmensmitarbeiterinnen und -mitarbeiter ermöglicht, sich

einerseits zu engagieren, andererseits aber auch den Prozess erleichtert, Praktikanten- oder später Ausbildungsplätze, die vakant sind, mit Flüchtlingen zu besetzen. Dafür ist ein professionelles "Matching" nötig, das von Vertreterinnen und Vertreter der Stadt und der Flüchtlingsbetreuung begleitet wird. Diese Art "Praktikumsbörse" ist v.a. dann sinnvoll, wenn sie über das gesamte Stadtgebiet einheitlich und einfach zugänglich angeboten wird. Parallel dazu wird der Aufbau einer Art Kurztraining für die Unternehmen angeregt, in dem Vertreterinnen und Vertreter der Unternehmen auf die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen vorbereitet werden, z.B. durch interkulturelles Training, Information über die Rechtslage, etc. Eine Beratungsstelle, beispielsweise an das Referat für Arbeit und Wirtschaft angegliedert, wäre dafür ein wirkungsvolles Instrument.

Die LH München ist selbst Unternehmerin und Arbeitgeberin. Ihren Beschäftigten sollte es auf einer viel breiteren Basis als bisher zugänglich sein, sich freiwillig zu engagieren. Bürgerschaftliches Engagement schult in hervorragender Weise die sogenannten Soft Skills und erlaubt intensive Einblicke in Lebenswelten, die sonst nicht zugänglich sind.

Die LH München sollte als Arbeitgeberin in der Stadtverwaltung sowie in ihren Eigenbetrieben die Ausbildung von Flüchtlingen zur vorrangigen Aufgabe erklären und umsetzen.

EMPFEHLUNGEN

- Die Stelle für Unternehmensengagement schreibt eine beeindruckende Erfolgsgeschichte und benötigt für die stetig wachsenden Aufgaben Personalzuschaltungen.
- Die LHM sollte (angegliedert an die Stelle für Unternehmensengagement) Trainings- und Qualifikationsangebote aufbauen, mit denen Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser auf Corporate-Volunteering-Einsätze vorbereiten und den Transfer der Erkenntnisse und Erfahrungen sicherstellen können.
- Es braucht eine Beratungsstelle für Unternehmen, die ein Refugee-Mentoring oder die sich verstärkt in der Ausbildung von Flüchtlingen engagieren wollen. Interkulturelle Schulungen, Rechts- und Planungssicherheit sind dafür wesentliche Elemente. Die LH München könnte als Arbeitgeberin für Flüchtlinge mit leuchtendem Beispiel vorausgehen.
- Die LH München als Arbeitgeberin muss ihren eigenen Beschäftigten freiwilliges Engagement in weit höherem Maß als bisher zugänglich machen. Dafür ist im Direktorium ein umfassendes Konzept auszuarbeiten.

8. Engagementfelder in Portraits

8.1 Frühe Hilfen und zivilgesellschaftliches Engagement

Familienpatenschaften sind ein Angebot innerhalb des von Fachkräften weitgehend allein betreuten Bereiches des Kinderschutzes, das von Eltern ohne große Hürden wahrgenommen werden kann. Es ist ein Angebot, das Hilfe zur Selbsthilfe leistet und als primärpräventives Programm gute Hilfe leisten kann.

Auf Grund spektakulärer Fälle von Kindesvernachlässigung mit Todesfolgen hat Deutschland eine hohe politische **Aufmerksamkeit für das Thema Kinderschutz** entwickelt, die schließlich 2012 zum Bundeskinderschutzgesetz geführt hat. In ihm drückt sich in exemplarischer Weise eine Entwicklung aus, in deren Folge sich eine verstärkte öffentliche Verantwortung für Phänomene und Themen vollzog, die bislang der familiären Privatsphäre zugeordnet wurden und nur bei völligem Versagen der Familien die Aktivitäten der Jugendämter erforderten.

Solange „frühe Hilfen“ vor allem als gezielte Maßnahmen des Kinderschutzes verstanden wurden, war unstrittig, dass dies Aufgaben für speziell ausgebildete Fachkräfte sind. Das war auch die berechtigte Überzeugung des Stadtjugendamtes in München und kommt auch im Beschluss des Stadtrates vom 11.01.2011 zum Ausdruck. In dem Maße aber, wie sich auch das „Nationale Zentrum frühe Hilfen“ auf eine Förderperspektive für alle Familien und Kinder in ihrer frühesten Entwicklungsphase verständigte, wurden zivilgesellschaftliche Potenziale in den Sozialräumen relevant. Ein bundesweit beachtetes Projekt, das in Bayern entwickelt und evaluiert ist, zielt genau auf diese Potentiale: Das **Projekt Familienpaten**.

Familienpatenschaften sind ein niedrighschwelliges Angebot, das Eltern und andere Erziehungsberechtigte dabei unterstützen soll, ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen zu können. Sie verstehen sich als primärpräventives Angebot der Eltern- und Familienbildung nach § 16 SGB VIII und grenzen sich in diesem Sinne von professionellen Hilfen und Interventionsmaßnahmen im Rahmen des SGB VIII ab. Sie sind zeitlich begrenzt und verfolgen das **Ziel, das Selbsthilfepotenzial der Familien zu stärken und somit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten**.

Das „**Netzwerk Familienpaten Bayern**“, das als Modellprojekt vom Bayerischen Sozialministerium gefördert wurde, ist ein Kooperationsprojekt zwischen mehreren Projektpartnern, dem Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Bayern e. V., dem Bayerischen Landesverband des Katholischen Deutschen Frauenbundes e. V. und dem und dem Landesverband Mütter- und Familienzentren in Bayern e.V.. Das Modellprojekt soll Familien die Möglichkeit verschaffen, über einen begrenzten Zeitraum Unterstützung durch freiwillig engagierte Familienpaten in Anspruch nehmen zu können und in ihrer Erziehungs- und Alltagskompetenz gestärkt zu werden, um letztendlich zu verhindern, dass Belastungssituationen zu Krisen eskalieren. Die Unterstützungsangebote durch Familienpaten sollen helfen, vorhandene Familien- und Netzwerkstrukturen zu stabilisieren, Eigenkompetenzen zu fördern und zusätzliche Ressourcen zu erschließen, um somit Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Zur Erreichung der Ziele ist unter Umständen die Kooperation mit anderen Einrichtungen erforderlich. In Absprache mit der Familie können Kontaktaufnahmen unterstützt und aktiv vermittelt werden.

Familienpaten geben Hilfestellung im Familienalltag und können in folgenden Bereichen unterstützen:

- Gesundheitsbereich (Bewegung, gesunde Ernährung)

- Schaffung einer Tagesstruktur (Freizeitgestaltung der Kinder, Unterstützung bei schulischen Schwierigkeiten)
- Aufbau von nachbarschaftlichen und/oder verwandtschaftlichen Netzwerken
- Finden von Alltagsentscheidungen
- Lotsenfunktion zu anderen Fach- und Beratungsstellen (z.B. Erziehungsberatungsstellen)

Im Zentrum des Projektes steht die Beziehung zwischen den Familien und den Paten. Die Familienpaten sind ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dem jeweiligen Verband im Kooperationsverbund der Träger zugeordnet sind. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren sind hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Träger. Sie vermitteln die Kontaktaufnahme zwischen den Familien und den Paten und begleiten diese während der gesamten Laufzeit ihrer Tätigkeit. Durch die Einbindung des Projektes in die kommunale Infrastruktur sind gesicherte Kooperationsmöglichkeiten mit Fachdiensten der Kinder- und Jugendhilfe (z. B. Erziehungsberatungsstellen oder Koordinierende Kinderschutzstellen (KoKis) gesichert, wenn eine gezielte professionelle Hilfe angezeigt ist. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bekommen durch die zuständigen Koordinatorinnen und Koordinatoren eine Schulung von insgesamt 36 Stunden, die auf sechs Kurstage verteilt sind. Zentrale Themen sind z.B. Familienstrukturen heute, Krisensituationen in Familien, Nähe und Distanz, Werte, Bindungsverhalten, Kindeswohlgefährdung, Trennung und Scheidung, Familien mit Migrationshintergrund, Ressourcen. Es geht ganz zentral um Selbstreflexion und um Möglichkeiten und Grenzen der Tätigkeiten von ehrenamtlichen Familienpaten. Das zentrale Element für das Familienpatenprojekt stellen die Koordinatorinnen und Koordinatoren dar. Sie erfüllen vielfältige Aufgaben, von der Gewinnung der Freiwilligen, die Patenschaften übernehmen wollen, über ihre Ausbildung, die Passung von Paten und Familien bis zur Begleitung der Freiwilligen.

Das Funktionsspektrum, das von der Koordination im Bereich der Familienpaten wahrzunehmen ist und zugleich für andere Bereiche bürgerschaftlichen Engagements im Kontext professioneller Hilfssysteme, beschreibt Thomas Rübke⁸ folgendermaßen:

- **Maklerfunktion** in Form von Passungsarbeit (z.B. die jeweiligen Stärken und Anforderungen abstimmen; biographische Passung, Milieupassung, Zeit- und Ortspassung, Aufgabenpassung);
- **Wächterfunktion** (z.B. Grenzen achten, Aufgabenspektrum; Schnittstelle zu professionellen Dienste; Paten vor Überforderung schützen; Eigensinn vs. Semiprofessionalisierung; sich selbst schützen; Abwehren überzogener Programmervartungen);
- **Ermöglichungsfunktion** (z.B. gute Rahmenbedingungen schaffen, die entlasten; Anerkennung durch gemeinsame Ausflüge; Zielgenaue Fortbildungen; „Bürokratie“ abfedern; Freiwilligkeit sicherstellen bei Familien und Paten);
- **Innovationsfunktion** (Offenheit für neue Ideen in den Institutionen schaffen; Ideen der Ehrenamtlichen aufgreifen und zum Durchbruch verhelfen; eigene neue Angebote und Formate kreieren; Neue Zielgruppen, z.B. zu pflegende Angehörige oder junge Mütter oder, oder....; Neue Kooperationen anstoßen; „Basteln“ statt „Technik“)

⁸ Thomas Rübke, der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, hat diese Funktionstypen auf einer Fachtagung am 03.04.2014 des Netzwerks Familienpaten in seinem Vortrag „Ehrenamtliche und Hauptamtliche eine Schlüsselbeziehung der Familienpatenschaften“ vorgestellt.

- **Kommunikationsfunktion** (z.B. das Gespräch auf Augenhöhe zwischen verschiedenen Akteuren sicherstellen; „Herzensbildung“; Improvisationstalent: Aus wenig viel machen).

Die Landeshauptstadt hat ein tragfähiges System professioneller Kinderschutzmaßnahmen entwickelt. Sie könnte aber auch die zivilgesellschaftlichen Potenziale in der Unterstützung und Förderung von Familien noch besser erschließen. Für den **Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen** hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von 2012 bis 2015 Mittel zur Verfügung gestellt, die u.a. die Verknüpfung unterschiedlicher Angebote verbessern sollen. Es gibt in München durchaus engagierte Träger, die in diesem Feld aktiv geworden sind. Es wäre wünschenswert, wenn deren Angebote und Erfahrungen systematischer in ein komplexes System professioneller und zivilgesellschaftlicher Hilferessourcen der frühen Förderung von Familien und Kindern in deren frühester Entwicklungsperiode einbezogen würden.

EMPFEHLUNGEN

- Um ein differenziertes und tragfähiges System der frühen Förderung von Familien und Kindern in den ersten drei Lebensjahren und darüber hinaus entstehen zu lassen, wäre es sinnvoll, die zivilgesellschaftlichen Potenziale von Familienpatenschaften besser zu nutzen und zu fördern.
- Die finanziellen Ressourcen der Bundesinitiativen sollen genutzt werden.
- Freiwilligenmanagerinnen und -manager sowie Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren müssen für ihre sensible und verantwortungsvolle Aufgabe umfassend qualifiziert werden.

8.2 Rechtliche Betreuung als etabliertes Engagementfeld

Das Amt des "Betreuers" und der "Betreuerin" ist wenig bekannt und die Freiwilligen in diesem Tätigkeitsfeld nehmen kontinuierlich ab. Das Gegenteil sollte der Fall sein. In einer älter werdenden Gesellschaft steigt der Betreuungsbedarf entsprechend.

Im zweiten Bericht des Fachbeirates wurde die Kategorie des „gesetzlich verbürgten Ehrenamts“ verwendet und neben den Freiwilligen Feuerwehren und den ehrenamtlichen Schöffen auch das Betreuungswesen genannt. Diesen Bereich wollen wir exemplarisch vorstellen, weil er nicht nur wenig in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, sondern in einer älter werdenden Gesellschaft an Bedeutung zunehmen wird. Wenn Themen wie rechtliche Betreuung und Vollmacht öffentlich thematisiert werden, dann über Skandalberichte über Berufsbetreuer und Erbschleicher. **Kaum Beachtung und Anerkennung finden die vielen Tausend ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer, die schwierige Aufgaben übernehmen und meistern.**

Ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer sind diejenigen **Personen, die eine rechtliche Betreuung (§ 1896 ff. BGB) außerhalb einer Berufstätigkeit übernommen haben.** Der Begriff "Betreuung" ist etwas irreführend, gesetzlicher Vertreter wäre besser. Die Betreuung ist (wie früher die Vormundschaft und Pflegschaft) ein grundsätzlich unentgeltliches Ehrenamt. Daher sollen in erster Linie Einzelpersonen ehrenamtlich die Betreuungen übernehmen. Es handelt sich dabei vielfach um Angehörige, Freunde, Nachbarn oder Berufskollegen von Betroffenen, teilweise aber auch um

Menschen, die diesen Dienst für Personen übernehmen, zu denen sie zuvor keine Kontakte hatten. **Rund 70 % aller Betreuungen werden in der Bundesrepublik ehrenamtlich geführt.** Davon wiederum sind ca. 85 % Familienangehörige des Betreuten. Dies ist auch nach § 1897 Abs. 5 BGB vorrangig, nach § 1897 Abs. 6 BGB sind aber auch Nicht-Familienangehörige ehrenamtliche Betreuer vorrangig vor Berufsbetreuern zu bestellen.

Eine wichtige Infrastruktur für die Gewinnung und Begleitung von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern bilden die Betreuungsvereine. Den anerkannten Betreuungsvereinen misst der Gesetzgeber eine große Bedeutung bei der Umsetzung des Betreuungsgesetzes in die Praxis zu. Es handelt sich um eingetragene Vereine. Zurzeit existieren in Deutschland etwa 825 Betreuungsvereine. Die Zahl ist seit einigen Jahren leicht rückläufig, zumal einige Bundesländer und Kommunen die Finanzierung für die sogenannten Querschnittsarbeit (mit Ehrenamtlichen) beschränkt oder eingestellt haben.

Der Verein hat über die Führung von Betreuungen hinaus eine planmäßige Gewinnung, Beratung und Fortbildung ehrenamtlicher Betreuer durchzuführen. Nach einigen Landesbestimmungen hat er in örtlichen Betreuungsarbeitsgemeinschaften zur Koordination mitzuwirken. Für diese Tätigkeiten werden in den meisten Bundesländern und z.T. durch Kommunen Zuschüsse gewährt. Die Grundkonzeption eines Betreuungsvereines hat der Gesetzgeber aus dem Bereich der kirchlichen Sozialarbeit stammenden Konzept der „organisierten Einzelvormundschaft“ übernommen. Hiernach führen ehrenamtliche Mitglieder des Vereins die Betreuungen und werden von den hauptamtlichen Fachkräften bei schwierigen Einzelfragen unterstützt.

Zum **01.07.2014** trat das **Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde** in Kraft. Mit diesem Gesetz sollen durch Änderungen im Verfahrensrecht und Änderungen im Betreuungsbehördengesetz die Funktionen der Betreuungsbehörde sowohl im Vorfeld, als auch im gerichtlichen Verfahren gestärkt werden. Den Betroffenen sollen andere Hilfen, die der Bestellung eines Betreuers vorgehen und **eine** Betreuung vermeiden **können**, besser aufgezeigt und vermittelt werden und damit Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht auf das Notwendige beschränkt werden. **Die Betreuungsbehörde soll damit auch wesentlich dazu beitragen, dass in geeigneten Fällen ehrenamtliche Betreuer bestellt werden.**

Nach dieser allgemeinen Charakterisierung der Aufgaben und Einbindungen von Freiwilligen im Betreuungsbereich soll dessen Handlungsfeld in München beschrieben werden.

In München gab es zum 31.12.2014 lt. Betreuungsgericht, herausgerechnet aus den Zahlen für München und München Land nach Einwohnerzahlen, 12.492 Betreuungsverfahren und davon waren 6.432 neue Verfahren. Bei der Erstbestellung im Jahr 2014 wurden 2.202 Mal ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer bestellt. Im Jahr 2013 wurden lt. Justizministerium vom Landgericht München 3.197 ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer geführt und 2.404 von Berufsbetreuern (Zahlen für München und München Land).

Die acht Münchner Betreuungsvereine haben im Jahr 2014 548 ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer enger begleitet, 2.417 beraten und 528 Qualifizierungsveranstaltungen mit 4.019 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. 105 Interessierte wurden in eine ehrenamtliche Betreuung vermittelt.

Allerdings ist auch festzustellen, dass der Anteil der ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuer stetig sinkt und es schwer ist, Interessierte zu finden bzw. Angehörige zu motivieren. Das Anreizsystem ist mager bis nicht vorhanden und die Aufgabe ist mehr als schwierig. Schon

Berufsbetreuerinnen und Betreuer haben oft ihre liebe Not, all den Anforderungen gerecht zu werden.

Die Betreuungsstelle der Landeshauptstadt arbeitet an der Schnittstelle zwischen Betreuungsgericht, den Betreuungsvereinen sowie den ehrenamtlichen und hauptamtlichen Betreuerinnen und Betreuern. Durch das neue Gesetz zur "Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde" war die Betreuungsstelle 2013 sehr mit der Bewältigung der neuen Aufgaben beschäftigt. Insbesondere die Einbeziehung in alle Betreuungsverfahren mit Betreuerbestellung erfordern eine erhebliche Personalmehrung, ebenso wie der Auftrag, den Vorrang der anderen Hilfen zu stärken. Erst langsam kann sich die Betreuungsstelle wieder intensiver dem "Tagesgeschäft" u.a. Kooperation mit den Betreuungsvereinen widmen.

EMPFEHLUNG

Es wäre wünschenswert, dass sich die Betreuungsvereine und auch die Betreuungsstelle der Stadt München stärker in das bürgerschaftliche Netzwerk Münchens einbinden und von den Erfahrungen anderer Vereine und Netzwerkakteuren profitieren.

8.3 Beiräte als spezielle Ressource der Stadtpolitik

Ein Fachtag hat die unterschiedlichen Beiräte zum Erfahrungsaustausch zusammengeführt. Die ehrenamtliche Tätigkeit der Beiräte wird oft nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse einbezogen. Ihre Bedeutung als Brückenbauer und Initiatoren ist für die Kommune aber hoch.

Die Landeshauptstadt hat acht Beiräte eingerichtet, „um Empfehlungen an die Stadtpolitik zu richten.“⁹ **Beiräte sind zivilgesellschaftliche Institutionen, die eine Kommune einrichtet, um sich themenspezifische Empfehlungen von kompetenten Bürgerinnen und Bürgern einzuholen.** Einige dieser Beiräte wie etwa der Ausländer- oder Behindertenbeirat gehören zu kommunalen „Pflichtaufgaben“. Andere gehen auf zivilgesellschaftliche Partizipationsforderungen von Bürgerinnen und Bürgern zurück (wie z.B. der Selbsthilfebeirat und der Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement). Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Beiräten geht es bei ihnen um die Erwartungen von engagierten Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren spezifischen Interessen und Kompetenzen die Stadtgesellschaft mitzugestalten. Sie tun das ehrenamtlich und sie investieren teilweise sehr viel Zeit in die Beiratstätigkeit.

Bei einem **Fachtag am 10. Juli 2015** trafen sich Mitglieder der unterschiedlichen Beiräte, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und zu überlegen, was sie voneinander lernen und wie sie die Handlungswirksamkeit ihrer Tätigkeit erhöhen können. Nicht alle erfahren die Anerkennung von Politik und Verwaltung, die sie sich wünschen würden. **Klar wurde, dass Beiräte mit ausreichend Informationen von Politik und Verwaltung versorgt werden müssen**, die ihr jeweiliges Handlungsfeld betreffen, und sie benötigen rechtzeitig die Informationen zu politischen Vorhaben und Beschlüssen, damit sie auf deren Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen können. Zum anderen sollten ihre Rechte etwa in Bezug auf Anträge, Empfehlungen und Rederecht im Stadtrat oder in den

⁹ So kann man es auf der homepage der Stadt lesen:
<http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtpolitik/Beiraete.html>

Ausschüssen klar definiert werden, damit für die Beiräte und die Politik das kooperative Zusammenwirken transparent und abgesichert ist.

Beiräte sind zivilgesellschaftliche Gestaltungskräfte, die mit ihren Ideen und kritischer Begleitung die Institutionen städtischer Politik und Verwaltung unterstützen und auch herausfordern. Ihre Aufgabe besteht nicht darin, bequem zu sein oder gar Alibis für politische Stagnation zu liefern, sondern Impulse, Innovationen und konkrete Maßnahmen zu ermöglichen. Dazu bedarf es geregelter Zuständigkeiten, klarer Rechte und Orte regelmäßiger Information und Kommunikation. Zivilgesellschaft heißt die Überwindung aller Reste obrigkeitsstaatlichen Denkens und Handelns.

Bürgerinnen und Bürger in den Beiräten dürfen nie zu Bittstellern gegenüber Politik und Verwaltung gemacht werden. Vielmehr geht es um die Schaffung von Rahmenbedingungen, die als Empowerment selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger verstanden werden und von diesen auch so wahrgenommen werden können.

Beiräte stellen Brückeninstanzen zwischen spezifischen Bürgerinteressen und der kommunalen Politik dar. Die Politik überträgt den Beiräten eine spezifische Verantwortung in Bezug auf Förderansprüche. Am Beispiel des Selbsthilfebeirats wird deutlich, dass diese Delegation von der Politik auf die Beiräte dann gut funktionieren kann, wenn eine intermediäre Instanz wie das Selbsthilfezentrum diesen Prozess professionell und kontinuierlich begleitet und geschäftsführend organisiert.

EMPFEHLUNG

Für die ehrenamtlichen Beiräte sollte es direkte Zugangsmöglichkeiten und -rechte zur politischen Arena geben (z.B. Antragsrecht, Rederecht), die nicht von der Mittlerfunktion der Stadtverwaltung abhängig sind. Ein Antragsrecht ist aber auch an die Pflicht des Stadtrats zu koppeln, innerhalb einer klar definierten Frist sich mit den Empfehlungen und Anträgen zu befassen.

9. BESCHLUSSEMPFEHLUNGEN

Innovationsfonds

- Damit der Innovationsfonds seine zivilgesellschaftliche Wirksamkeit optimal entfalten kann, ist es wichtig, die Geschäftsführung für den Innovationsfonds bei FÖBE anzusiedeln und die Geschäftsstelle entsprechend personell aufzustocken.

Raumbörse

- Die Personalkapazität von zurzeit zehn Wochenarbeitsstunden ist für die vielschichtige Aufgabe nicht ausreichend und auf eine Halbtagsstelle zu erweitern.
- An einer stadtweiten Raumbörse besteht großer Bedarf. Für ihren Erfolg ist die Internetseite für die Kunden (Nutzer und Anbieter) sowie die Öffentlichkeitsarbeit zu optimieren.
- Die Ruummieten als geldwerte Leistung anzuerkennen und den Zuschussnehmern als Eigenanteil anzurechnen, sollte von der Arbeitsgruppe „Zuschussvollzug“ zeitnah bearbeitet werden.

Stellenzuwachs

- Der Fachbeirat begrüßt die Stellenmehrung zur Unterstützung und Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements in der Verwaltung, hält es aber für inhaltlich geboten, dass sich die personelle Aufstockung in der Verwaltung auch in der verbesserten personellen Infrastruktur des zivilgesellschaftlichen Bereiches abbildet.

Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge

- Die Integration von Geflüchteten in unsere bunte und interkulturelle Gesellschaft braucht Engagierte aus allen Bereichen. Daher müssen die Zugänge zum Engagement auch unter politischen Gesichtspunkten politisch **vielfältig und plural** sein.
- **Regionale und stadtteilbezogene Engagementfelder** entsprechen der Lebenswirklichkeit und dem Wunsch vieler Freiwilliger. Die Beratung, Informations- und Qualifizierungsangebote für Freiwillige sind deshalb dezentral weiter auszubauen. Die dezentralen Angebote sind auf der Internetseite der www.willkommen-in-muenchen.de aufzuzeigen.
- Für die verlässliche und langfristige Begleitung und Schulung der Freiwilligen braucht es **ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen. Das vorhandene Netzwerk Bürgerschaftliches Engagement für Flüchtlinge soll in den nächsten Monaten Lösungen für eine langfristig und strategisch ausgelegte Struktur zur Begleitung und Koordination der Freiwilligen unter Einbeziehung des Fachbeirates entwickeln.** Freiwilligenagenturen, FÖBE, die beteiligten Wohlfahrtsverbände, Sozialreferat und weitere Akteure müssen zusammenwirken. Gemäß den weiteren Entwicklungen müssen Entscheidungen regelmäßig überprüft und nachjustiert werden.
- **Hauptamtliche** im Feld der Flüchtlingshilfe sind für die Zusammenarbeit mit Freiwilligen beispielsweise durch **Inhouse-Schulungen** zu sensibilisieren und zu qualifizieren.
- Die **Selbsthilfe** der Geflüchteten ist zu stärken. Vor allem durch eine intensive Einbindung in die Arbeits- und Vernetzungsstrukturen in München sowie die Unterstützung durch hiesige - vor allem muslimische und interreligiöse – Kulturvereine.

- Der vom Fachbeirat geforderte **Innovationsfonds** muss für diesen Engagementbereich unkomplizierte Förderung ermöglichen. Bereits kleinere Beträge könnten viel bewirken, zum Beispiel für Ausflüge, Kochen oder Geschichtswerkstätten.

Zukunft der Vereine

Der Fachbeirat schlägt ein mehrstufiges Vorgehen vor, die Situation der Vereine in München und damit das Bürgerschaftliche Engagement in seiner Substanz zu unterstützen.

- Eine aktivierende Befragung hinsichtlich der tatsächlichen Problemlagen und des tatsächlichen Bedarfes. Mit der Begleitung des Landesnetzwerks an seiner Seite ist ein Auftrag zur aktivierenden Befragung an einen Akteur zu vergeben, der diese aktivierende Befragung konzipiert und durchführt und Erfahrungen in qualitativer sowie quantitativer Befragung hat. Die Kooperation von Fachbeirat und Direktorium ist unabdingbar, um ein geeignetes Institut zu finden.
- Aufgrund der Ergebnisse der Befragung werden die nächsten Schritte geplant. Der Fachbeirat ist bereit, dabei mitzuwirken und diese zu begleiten.

Kultur und Bürgerschaftliches Engagement

- Die Spitze des Kulturreferates muss ein deutliches Zeichen setzen, dass die Kooperation mit Ehrenamtlichen gewollt wird.
- Coaching-Angebote können helfen, Möglichkeiten für den Einsatz von Freiwilligen zu finden (speziell in Organisationen der Hochkultur). Pilotprojekte sollen entwickelt und klar kommuniziert werden.
- Es gilt, Angebote für Menschen zu entwickeln, die in der Regel keinen oder nur geringen Zugang zu kulturellen Einrichtungen haben.

Inklusion und Bürgerschaftliches Engagement

- Das Thema Inklusion muss unter dem Gesichtspunkt kritischer gesellschaftspolitisch-philosophischer Gedanken diskutiert werden. Es geht dabei nicht um die Konzeption weiterer Maßnahmen, sondern vorrangig um die gründliche Reflexion tradiertter Haltungen und Sichtweisen. Die daraus folgende Neuentwicklung stellt einen zähen, langen und langsamen Prozess dar.
- Es sollten Indikatoren entwickelt werden, die Veränderungen überprüfbar machen und die in einem regelmäßigen „Inklusionsbericht“ veröffentlicht werden.
- Zwischen dem Forum BE und dem Koordinierungsbüro für die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention im Sozialreferat wurde bereits ein Kontakt hergestellt, der intensiviert werden wird. So soll beispielsweise Bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsaufgabe im zweiten Aktionsplan Berücksichtigung finden.

Unternehmensengagement

- Die Stelle für Unternehmensengagement schreibt eine beeindruckende Erfolgsgeschichte und benötigt für die stetig wachsenden Aufgaben Personalzuschaltungen.
- Die LHM sollte (angegliedert an die Stelle für Unternehmensengagement) Trainings- und Qualifikationsangebote aufbauen, mit denen Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser auf Corporate-Volunteering-Einsätze vorbereiten und den Transfer der Erkenntnisse und Erfahrungen sicherstellen können

- Es braucht eine Beratungsstelle für Unternehmen, die ein Refugee-Mentoring oder die sich verstärkt in der Ausbildung von Flüchtlingen engagieren wollen. Interkulturelle Schulungen, Rechts- und Planungssicherheit sind dafür wesentliche Elemente. Die LH München könnte als Arbeitgeberin für Flüchtlinge mit leuchtendem Beispiel vorausgehen.
- Die LH München als Arbeitgeberin muss ihren eigenen Beschäftigten freiwilliges Engagement in weit höherem Maß als bisher zugänglich machen. Dafür ist im Direktorium ein umfassendes Konzept auszuarbeiten.

Frühe Hilfen und zivilgesellschaftliches Engagement

- Um ein differenziertes und tragfähiges System der frühen Förderung von Familien und Kindern in den ersten drei Lebensjahren und darüber hinaus entstehen zu lassen, wäre es sinnvoll, die zivilgesellschaftlichen Potenziale von Familienpatenschaften besser zu nutzen und zu fördern.
- Die finanziellen Ressourcen der Bundesinitiativen sollen genutzt werden.
- Freiwilligenmanagerinnen und -manager sowie Freiwilligenkoordinatorinnen und -koordinatoren müssen für ihre sensible und verantwortungsvolle Aufgabe umfassend qualifiziert werden.

Rechtliche Betreuung als etabliertes Engagementfeld

- Es wäre wünschenswert, dass sich die Betreuungsvereine und auch die Betreuungsstelle der Stadt München stärker in das bürgerschaftliche Netzwerk Münchens einbindet und von den Erfahrungen anderer Vereine und Netzwerkakteuren profitiert.

Beiräte als spezielle Ressource der Stadtpolitik

- Für die ehrenamtlichen Beiräte sollte es direkte Zugangsmöglichkeiten und -rechte zur politischen Arena geben (z.B. Antragsrecht, Rederecht), die nicht von der Mittlerfunktion der Stadtverwaltung abhängig sind. Ein Antragsrecht ist aber auch an die Pflicht des Stadtrats zu koppeln, innerhalb einer klar definierten Frist sich mit den Empfehlungen und Anträgen zu befassen.

München, den 12. Oktober 2015

Fachbeirat für Bürgerschaftliches Engagement

Geschäftsführung: FöBE Förderstelle für Bürgerschaftliches Engagement

Ringseisstraße 8a

80337 München

www.foebe-muenchen.de